

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Ausblick“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Kurze Straße 46, durch die Buchhandlungen der „Volksmacht“, Neue Gausenstraße 5 und Friedrichstraße 105, Rathausstraße 100, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. — 8 Rmt. Trügerei — monatlich 2,75 Rmt. — 35 Pf. Trügerei — 2,10 Rmt. Durch die Post einzeln. Subskriptionsgebühren 2,40 Rmt.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738

Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeliefert, wenn Rückporto beiliegt

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter 20 W. Kommissionsanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verrentungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Kurze Straße 46 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Sein oder Nichtsein

Im deutschen Reichsparlament hat am Montag der Entscheidungskampf zwischen einer arbeitsfähigen und arbeitswilligen Mehrheit und einer Minderheit begonnen, die mit allen Mitteln den Reichstag und damit die deutsche Demokratie lahmlegen will. Man muß sich darüber ganz klar sein. Es handelt sich bei der vereinten Obstruktion der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen und der Kommunisten nicht darum, die Verabschiedung eines unliebsamen oder volksfeindlichen Gesetzes zu verhindern. In einem solchen Fall ist Obstruktion in jedem Parlament verhältnismäßig und bezweckmäßig. Hier geht es um viel mehr. Die Diktatur der Minderheit aus Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten will dem deutschen Volk zeigen, daß der Reichstag, damit der Parlamentarismus und die gesamte Demokratie am Ende ihres Daseins sind. Das ist die Absicht der vereinten Minderheit. Dieses Ziel kann nur durch eine entschlossene Obstruktion im Reichstag erreicht werden.

In der Diktaturpresse der sonderbaren Verbündeten Hitler, Brüning und Brüning werden diese Reichstagskämpfe als ein Anschlag der Reichstagsmehrheit gegen Volk und Reich dargestellt. Arbeiten wir also klar heraus, worum es sich handelt. Dem Reichstag liegen nahezu 400 Strafanträge gegen Abgeordnete vor. Es handelt sich zum großen Teil um Verleumdungen und Verleumdungen schlimmster Art, aber auch um verurteilte kriminelle Vergehen. Es wird ein nationalsozialistischer Abgeordneter beschuldigt, sich an Parvialdemern beteiligt zu haben. Ist es des Volkes Wille, daß die erwähnten Abgeordneten in der Zeitung und in Versammlungen dem anderen Volksgenossen die Ehre abspülen können? Will das deutsche Volk Verleumdung und Betrug sühnen? Das kann nur durch die Sühne einer Immunität sein. Ein Volksführer sollte nicht mit Rücksicht auf die Ehre seiner Mitmenschen vorbildlich sein. Wenn er dagegen außerhalb des Parlaments verurteilt, muß er zur Verantwortung gezogen werden. Das Beispiel des Nationalsozialisten Gorbels aber zeigt, daß derartige Festsetzungen für die Immunität bestehen, überhaupt niemals vor Gericht erscheinen, auch wenn Verleumdungsbeleidigungen vorliegen. Der Reichstag will deshalb diese Gruppen von berufsmäßigen Verleumdern endlich einmal vor Gericht ziehen lassen, wie das auch andere Bürger sich auch gefallen lassen muß.

Nicht nur als die Protze der vereinten Obstruktion Brüning-Hitler-Brüning gegen die beabsichtigte Bewilligung der Straferlassung gegenüber Abgeordneten sind die gegen die Bewilligung der Geschäftsordnung im Reichstag. Wird da etwas Unrechtlches verlangt? Hier wird nur gefordert, daß endlich den Abgeordneten und jede Reichstagsfraktion nur erstklassige Anträge einbringt. Wenn eine Fraktion in unzulässigen volksfeindlichen Anträgen sich so gebärdet, als wäre sie der Not unierer armen Volksgenossen schuldig, so soll ihr auch zugleich die Pflicht auferlegt werden, zu sagen, welche Deckungsmittel sie dafür vorschlägt. Das ist der entscheidende und ganz richtige Grund der Geschäftsordnungsreform. Man kann nicht vom Volke verlangen, daß es Sinn und Wesen des Parlamentarismus und der Demokratie begreift, wenn die Abgeordneten, wie es bei den Herren der Opposition heute der Fall

ist, selber gewissenlos und verantwortungslos ins Blaue hinein beantragen und Reden halten.

Schließlich will der Reichstag auch endlich einmal Klarheit darüber schaffen, in welcher Form einer Regierung das Vertrauen entzogen werden kann. Darüber herrschten bisher ganz widersprechende Urteile im Reichstag. Konnte es doch sogar dahin kommen, daß Nationalsozialisten oder Kommunisten schäbste Vertrauensanträge für eine von ihnen betätigte Regierung einbringen konnten. Solche Komödien müssen aufhören. Das Volk kann fordern, daß jede Fraktion im Reichstag ernsthafte Arbeit leistet.

In keiner Weise also wird ein Volksrecht oder ein Parlamentsrecht bedroht. Im Gegenteil, das Parlament will sich und das Volk vor den Anschlägen der Nationalsozialisten mit Reichstag und Volksgenossen treiben lassen.

Der Reichstagsbericht vom Montag zeigt mit welchen lächerlichen und unzulässigen Mitteln die hundertfache Obstruktion der Minderheit gearbeitet hat. Daß sie alle geschäftsordnungsmäßigen Mittel anwendet, ist ihr gutes Recht. Dazu reißt aber die vereinte Intelligenz nicht aus. Man vollführt in dieser Meist

ein ständes Kaiserliche Theater. Ein kommunistischer Abgeordneter überreichte dem gerade in dieser Sitzung über alles Maß gebührenden Reichstagspräsidenten Lohse einen Polizeistecher und einen Gummitüppel. Lohse wies die kommunistischen Abgeordneten Muhlai und Kreuzberg für je 8 Tage aus dem Saal. Stundenlang verhielten sich Nationalsozialisten und Kommunisten in trauterlicher Brüderlichkeit das Haus nicht etwa durch Reden sondern durch wildes Geklirr und laute Gassenjungenmanieren lahmzulegen. Die Mehrheit setzte vielen Sofortgesetzentwürfen eine Ruhe und festen Willen entgegen. Sobald während der Dauerlegung die Reihen der Abgeordneten sich etwas lockerten wurde immer wieder von dem nationalsozialistischen Abgeordneten Stöhr die Beschlußfähigkeit bezweifelt. Erfolg hatte er nur zu Beginn der Sitzung, als noch nicht alle Abgeordnete aus der Provinz in Berlin eingetroffen waren. Später aber zeigte sich, daß eine ausreichende Arbeitsmehrheit vorhanden ist, wenn all ihre Abgeordneten dauernd zur Stelle und zur positiven Arbeit gewillt sind.

Die Kernproben, die jetzt der Reichstag erlebt, entscheiden vermutlich über das innerpolitische Schicksal Deutschlands der nächsten Monate. Werden die Todfeinde des Parlamentarismus und der Demokratie in diesen schweren parlamentarischen Arbeitstagen weitergerungen, dann werden sie eine weithin wirkende Niederlage erlitten haben. Dann darf man erwarten, daß aus diesen Krisen ein rationalisiertes Parlament sich entwickelt, in dem die Schwäger und Schwägerinnen haben und in dem die sachlichen und ernsthafte Arbeiten im Vordergrund stehen.

Eine Nachsitzung des Reichstags

Verhärfung der Geschäftsordnung beschlossen - Das Ende der unverantwortlichen Redakteure - Naziforen drohen mit Bürgerkrieg

Der Eintritt in die Tagesordnung nimmt Abg. Stöhr (Komm.) das Wort. Er erklärt, der Antrag Rauch (Zentr. V.), wonach alle vorher dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesenen Anträge auf Immunitäts-Aufhebung dem Ausschuss wieder entgegen und direkt im Plenum erledigt werden sollen, ist unzulässig und geschäftsordnungswidrig. Der Antrag Rauch muß also abgelehnt werden.

Abg. Stöhr (Komm.) beantragt Vertagung der Sitzung und bezweifelt gleichzeitig die Beschlußfähigkeit.

Präsident Lohse führt die Entscheidung über die Beschlußfähigkeit durch Stimmlisten-Einmündung wie bei einer namentlichen Abstimmung herbei.

Die Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Kommunisten und viele Landvolk-Abgeordnete nehmen an der Abstimmung nicht teil. Als Ergebnis der Auszählung stellt Präsident Lohse fest, daß 276 Karten abgegeben sind, also die zur Beschlußfähigkeit notwendige Zahl 289 nicht erreicht ist.

Die Nationalsozialisten klaffen lachend die Hände und rufen: „Die Meute ist da!“

Präsident Lohse beraumt sofort eine neue Sitzung auf 4 Uhr an mit der gleichen Tagesordnung.

Hauses gebrochen werde, den casus belli an. (Heiterkeit der Mehrheit, Handklatschen der Nazis.) Er beantragt sofortige Unterbrechung der Sitzung und Zusammenritt des Vorkonferenzrates.

Präsident Lohse macht den Vermittlungsvorschlag, daß Fried und Eifer ihre Anträge zurückziehen.

Abg. Fried (Nazif.) ist dazu bereit, wenn die einhündige Redezeit, die nach der Geschäftsordnung die Norm ist, zugestanden wird.

Abg. Torgler (Komm.) spricht von Repressalien der Mehrheit gegen die Opposition. Im Vorkonferenz habe Präsident Lohse vor einigen Wochen angesetzt, daß der Geschäftsordnungsausschuss dem § 105 die Form geben solle, die dem händigen Brauch entspricht, daß nämlich auf Verlangen von 50 Mitgliedern namentlich abgestimmt wird.

Abg. Dr. Gotthelmer (Zentr.) verlangt namentliche Abstimmung über den Antrag Eifer, der die Grundrechte der Minderheit verewaltigt.

Abg. Dr. Bell (Ztr.): Das ist nicht richtig. Im alten Reichstag konnte namentliche Abstimmung auch nur durch Mehrheitsbeschluß erreicht werden.

Abg. Eifer (Ztr.) erklärt, er ziehe seinen Vorschlag nicht zurück.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird der Streitfall dadurch erledigt, daß durch Mehrheitsbeschluß mit den Stimmen der Sozialdemokraten gegen die Stimmen des Zentrums die einhündige Redezeit beschlossen wird.

Zur Begründung des Antrages auf Abänderung der Geschäftsordnung erhält dann der Abg. Dr. Bell (Ztr.) das Wort. Mehrere kommunistische Abgeordnete rufen: „Der hat den Verfall der Reichstagsverfassung unterschrieben!“ Präsident Lohse ruft den Abg. Koene (Komm.) zur Ordnung.

Als Dr. Bell seine Rede beginnt, wird von den Nationalsozialisten und Kommunisten fortwährend „Lauter!“ gerufen. Die Kommunisten suchen durch Summen und unartikulierten Lärm den Redner zu überdönen. Präsident Lohse weist nach mehreren vergeblichen Ruhe-Nachfragen den Abg. Muhlai (Komm.) auf drei Sitzungstage aus dem Saal. Abg. Muhlai fügt sich der Ausweisung, übergibt aber vorher unter großem Halla seiner Freunde dem Präsidenten Lohse einen Schupo-Dicko und Gummitüppel. Gegen den Präsidenten werden während dieser Szene von den Kommunisten höhnische Zurufe gerichtet. Der Abg. Kreuzberg (Komm.) wird deswegen auf acht Sitzungstage ausgewiesen. Abg. Koene (Komm.) erhält den zweiten Ordnungsruf.

Abg. Dr. Bell (Ztr.)

erklärt die zur Beratung stehenden Vorschläge, deren wichtiger sich auf die Finanzvorlagen und Finanzanträge beziehen, die künftig ohne erste Lesung dem Ausschuss überwiehen werden. Finanzanträge der Parteien bedürfen ferner gleichzeitig eines Deckungsantrages. Es handle sich darum, Agitationsanträge einen Riegel vorzuziehen. Alle Parteien müßten Selbstzucht üben, um den Zustandestillstand. Keine Ausgabe ohne Deckung“ wieder zu Ehren zu bringen. Die weiteren Vorschläge betreffen die Mißtrauensanträge, die Interpellationen und die Wortentziehung. Die gleichzeitig vorgeschlagene Forderung des Privilegiertes soll dem Reichspräsidenten der Immunität ein Ende machen.

Zusammenfassend erklärt der Redner, daß der Vorwurf feinerer Berechtigung habe, als ob die Anträge eine Anhebung der Minderheit bedeuteten und auf Lahmung der Opposition hinfielten. Der ganze Reichstag und alle Parteien wurden gleichmäßig betroffen. In dem Schuß der Minderheit und der Sicherung einer verantwortungsbewußten Opposition werde nicht gerüttelt. Dieser Schuß dürfe allerdings nicht so weit

Französische Kredite für Deutschland

Die Aufregung der französischen Ueberwachten über die Forderung französischer Banken an der Regierung des Zentrums für Deutschland hat sich über den Atlantik hinweg verbreitet. Die Regierung in Paris hat am Montag im Kabinett einen außerordentlichen Ministerrat nicht nur die Mitteilung des französischen Kapitals an dieser Kreditaktion gebilligt, sondern darüber hinaus, nach den Kommensuren, die in parlamentarischen Kreisen im Umlauf sind, ihre Unterstützung auch für alle ähnlichen Solidaritätsleistungen zugesagt. Das wird allerdings nicht bedeuten, daß die parlamentarischen Interpellationen Wandel, Wallon, Bouillon und Dumet am Dienstag in der Kammer ihrer Zustimmung in mehr oder minder großer Leidenschaft durch Reden Luft machen. Ihre Worte werden aber keinen Erfolg finden und nur vollkommene Demonstrationen bleiben. Die Wirkung zeigt sich schon in der Presse. Die nationalsozialistische „Völkische“, die am Sonntag noch mit Entrüstung gegen die Kreditaktion protestiert hatte erklärt am Montag, daß die ganze französische Aufregung von den Parteien der Opposition künstlich heraufbeschworen sei, um der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten.

In der Finanzkommission der Kammer erklärte Finanzminister Brüning am Montag-Mittwoch, daß die Regierung sich am 13. Januar die Genehmigung zur Kreditbewilligung der französischen Banken gegeben habe, daß aber die Verhandlungen darüber noch unter der Regierung Lardieu begangen seien. Weiter betonte der Minister, daß es sich um einen verzinslichen Kredit handelt, der für die Finanzierung der französischen Banken hätte nur ein Drittel der Gesamtsomme, und 50 Millionen Franken aufzubringen. Außerdem seien alle Forderungen durch Garantien gesichert.

In der Finanzkommission der Kammer erklärte Finanzminister Brüning am Montag-Mittwoch, daß die Regierung sich am 13. Januar die Genehmigung zur Kreditbewilligung der französischen Banken gegeben habe, daß aber die Verhandlungen darüber noch unter der Regierung Lardieu begangen seien. Weiter betonte der Minister, daß es sich um einen verzinslichen Kredit handelt, der für die Finanzierung der französischen Banken hätte nur ein Drittel der Gesamtsomme, und 50 Millionen Franken aufzubringen. Außerdem seien alle Forderungen durch Garantien gesichert.

Die zweite Sitzung begann um 16.20 Uhr.

Abg. Stöhr (Nazif.) wiederholt seinen Vertagungsantrag und bezweifelt wiederum die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Es wurden 21 Karten abgegeben, das Haus ist beschlußfähig. Es beginnt die

Beratung der Geschäftsordnungsreform.

für die der Präsident 3 Stunden Redezeit vorschlägt. Weitergehende Anträge der Opposition werden abgelehnt. — Die Hauptanträge der Abg. Gotthelmer (Zentr.) und Stöhr (Komm.), daß die Reform verfassungswidrig sei, findet den lauten Widerspruch der Mehrheit. Stöhr beantragt zunächst eine Generaldebatte zu führen und jeder Fraktion in jedem Antrag eine Viertelstunde Redezeit zu geben. Der Antrag Stöhr wird mit 297 gegen 170 Stimmen abgelehnt. Ein Antrag Gotthelmer (Zentr.) auf 1 1/2 Stunden Redezeit verfällt mit 294 gegen 91 Stimmen der Ablehnung.

Als der Abg. Eifer (Ztr.) an den Präsidenten heranztritt, um etwas mit ihm zu besprechen, rufen die Nationalsozialisten im Chor: „Schließung!“

Präsident Lohse: Ich hoffe, daß Sie diesen Zuruf nicht auf ein Mitglied des Hauses beziehen. (Obst der Nazis: „Kein!“ — Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Fried (Nazif.) verweist auf die Redzeitbestimmung der Geschäftsordnung, wonach die Redezeit mit Zustimmung des Vorkonferenzrates unter eine Stunde abgekürzt werden kann. Er beantragt Einberufung des Vorkonferenzrates, dazu Vertagung der Plenarsitzung und namentliche Abstimmung.

Abg. Eifer (Ztr.) wird von der äußersten Rechten und äußersten Linken mit anhaltenden Rufen „Schließung“ empfangen. Der Präsident droht darauf mit Ausweisungen, falls nicht Ruhe einträte. Eifer führte aus: Da der Vorschlag Frieds sich gegen den jahrelangen Brauch des Hauses richtet, die Redezeit auch ohne Beschluß des Vorkonferenzrates abzukürzen, sei es an der Zeit, auch mit einem anderen Brauch Schluss zu machen, der jetzt zu schwerem Mißbrauch benutzt werde. § 105 der Geschäftsordnung besage nämlich, daß auf Antrag von 50 Mitgliedern namentliche Abstimmung beschlossen werden könne. Er beantrage deshalb, daß in Zukunft namentliche Abstimmung nur auf Beschluß des Hauses vorzunehmen sei. (Erregte Protestrufe der Opposition.)

Abg. Stöhr (Nazif.) kündigt für den Fall, daß dem Antrag Eifer stattgegeben und mit einem jahrzehntelangen Brauch des

—m. Warschau, Anfang Februar

Die Terrorwahlen, mit denen Pilsudski im November 1920 den 100. Gedenktag des größten polnischen Freiheitskampfes gegen den Jaren beging, haben den Warschauer Sejm zu einer bloßen Kulisse des Marshall-Regimes herabgedrückt. Die Opposition der Arbeiter- und Bauernparteien, der klerikalen Nationaldemokraten und der Arbeiterbevölkerung ist in diesem Parlament nicht mehr in irgendeinem Verhältnis zu ihrer wirklichen Stärke unter der Bevölkerung vertreten, sondern nur noch in einem Maß, das die Wojewoden und Starosten Pilsudskis gemäß den vorherigen Weisungen seiner Wahlmacher zugelassen haben. Mag der Marshall-Diktator jetzt auch lange Monate im fernem Madagaskar nur seiner Gesundheit leben — daheim kann inzwischen nichts mehr gegen seinen Willen geschehen. Zwar dürfen die oppositionellen Abgeordneten in Sejm und Senat auch wie vor ziemlich offen ihre Meinungen sagen, in Interpellationen und Anträgen, die Scheußlichkeiten von Breit-Litwost, die Wahlgrenze in Galizien, die unmenschlichen Leiden der politischen Gefangenen, auch in den kleineren Strajankosten der Ostprovinzen ausführlich schildern. Bei den Abstimmungen aber funktioniert dann regelmäßig die sichere Mehrheit der Pilsudski-Anhänger. Verkantet ihre Stige auch nur der Gewalt, so genügt sie doch zur Erfüllung der äußeren Formen des Parlamentarismus. Vor dem Sejm der sich so lange widerspenstig zeigte, hat Pilsudski jetzt vorwiegend für 5 Jahre Ruhe.

Der wichtigste Kampfplatz für die Auseinandersetzung zwischen der Regierung und der Opposition ist jetzt der Senat (Senat) geworden. In Dutzenden von Strafprozessen, die sich ihrer Mehrzahl gegen Funktionäre der Polnischen Sozialistischen Partei als der geistigen Führerin des demokratischen Lager richteten, suchen die Pilsudski-Behörden ihre Wahlkampfmassnahmen nachträglich zu legalisieren, die Organisationen ihrer Gegner im ganzen Lande zu zerstören, die Führer des Widerstandes gegen das herrschende System auf lange Zeit hinaus persönlich schädlich zu machen. Aber gerade diese Prozesse bieten auch den Sozialisten und ihren Verbündeten die Gelegenheit zum Gegenangriff. Sind die Bestimmungen der formell immer noch geltenden Verfassung über die parlamentarische Kontrolle der Regierung durch die neue Sejmmehrheit praktisch wirkungslos gemacht worden, so sind doch auch die Paragraphen des Strafrechts und der Strafprozessordnung immer noch in Kraft. Der Versuch, durch Rechtszüge als Schutz gegen die Willkür der Machthaber zu benutzen, darf nicht unterlassen werden. Die Verteidiger in diesen politischen Strafprozessen, unter ihnen Juristen, die sich schon im Kampf gegen die juristischen Gerichte geschult und bewährt haben, ringen nicht nur um das gute Recht der angeklagten Parteiführer und proletarischen Funktionäre. Sie suchen auch mit den Mitteln des Prozessrechts eine Durchleuchtung der jetzigen polnischen Regierungsmethoden zu erzwingen, deren erste Ergebnisse bereits von internationaler Wirkung sind. In den beiden umfangreichsten unter den gegenwärtig verhandelten Strafverfahren sind die eigentlichen Angeklagten längst nicht mehr die aus der Untersuchungshaft vorgeführten Sozialisten, sondern vielmehr die Pilsudski-Regierung und ihre Helfer.

Die Anträge der Staatsanwaltschaft wollen in einem Fall fünf Mitglieder bzw. invidiosierende Anhänger der Sozialistischen Partei der Vorbereitung eines Bombenanschlages gegen den Marshall selbst überführen. Im zweiten Fall behauptet der Ankläger, eine größere Anzahl von Sozialisten hätte einer bewaffneten Amtsurz vorbereitet und anlässlich einer Warschauer Straßendemonstration im September womöglich überbommen. Der angeklagte Bombenanschlag ist zwar nie ausgeführt, die dazu bestimmte Bombe nie gefunden worden. Die vermeintlich so umizugsgefährliche Strafentworfung hat, genau genommen, gleichfalls gar nicht stattgefunden. Was jetzt dafür ausgegeben wird, war nur ein Zusammenstoß zwischen der Polizei und ruhig auseinandergesetzten Teilnehmer einer ausdrücklich genehmigten Versammlung. Daß dabei die Polizei der angreifenden Teil war, werden spätere Geschichtsschreiber in einem halben Dutzend ausländischer Diplomatenberichte von unvoreingenommenen Augenzeugen bestätigt finden, da zufällig der Schwelger der blutigen Vorfälle des Warschauer Geländeschlagers war. Über Attentats- und Amtsurzverdacht mußten natürlich schließliche Verhaftungen und Schikanen in den Wahlwochen re-

geüben werden, daß dadurch der Mehrheitswille Jahmgelegt und das Parlament aktionsfähig werde. Eine schwerkündige Opposition dürfe sich nicht in agender und zerkleinernde Kritik erschöpfen, sondern müsse mit ihrer Kampfstellung gegen Regierung und Mehrheit politische Vaterlandsliebe verbinden. Die Parlamentsreform, die auf Erhaltung des Ansehens und der Würde des Reichstages und auf Erhaltung seiner aktionskraft gerichtet sei, solle im Rahmen der Maßnahmen, die durch Sicherung der Ordnung und Ruhe im eigenen Hause die Bahn freimachen für eine bereichernde Außenpolitik und eine befriedigende Lösung des Reparationsproblems.

Hg. Schumann-Leipzig (Komm.) beantragt Auslegung der Beratung, bis der von den Deutschnationalen eingereichte umfangreiche Änderungsantrag gedruckt ist.

Hg. Stöcker (Komm.) ruft ums Wort zur Geschäftsordnung. — Präsident Stöcker: Ich gebe jetzt nicht das Wort zur Geschäftsordnung. — Hg. Stöcker (Komm.): Das ist doch mein auto. Recht! — Präsident Stöcker: Nein, der Präsident entscheidet über solche Wortmeldungen.

Von der Opposition ist namentlich Abstimmung über den Antrag Schumann-Leipzig beantragt worden. Nach einem Zuruf des Hg. Stöcker weist Präsident Stöcker darauf hin, daß über Verordnungsanträge nicht namentlich abgestimmt werden kann. Der Antrag Schumann-Leipzig (Komm.) wird in einfacher Abstimmung abgelehnt. Die Nationalsozialisten und Deutschnationalen hatten während dieser Abstimmung den Saal verlassen, so daß die Rechte fehlt, als dann

Hg. Graef-Thüringen (Dnat.) das Wort erhält. Unter dem Gelächter der Linken ziehen dann die Deutschnationalen und Nationalsozialisten wieder ein. Hg. Graef-Thüringen (Dnat.) führt aus, daß der jetzt vorliegende Geschäftsordnungsantrag stehe in engem Zusammenhang mit der Regierungspolitik. Der Antrag soll bedeuten einen Vorstoß gegen die Weimarer Verfassung, eine Verkörperung der wahren Demokratie (Hufe links: 'Graef als Heiler der Demokratie!'). Die Regierungsmehrheit sei aus den heterogenen Elementen zusammengesetzt. (Hufe links: 'Bei der Opposition sind Deutschnationale und Kommunisten Hand in Hand!') Die Deutsche Volkspartei habe sich durch einen scharfen Schnitt von der sogenannten nationalen Opposition getrennt. Der Antrag soll angeblich der Parlamentarismus dienen. Hg. du Weber Gott der Parlamentarismus ist überhaupt nicht reformfähig (Hufe links: 'Das ist ein Parlamentspräsident!')

Hg. Hildebrand (Soz.): Der Antrag soll dem Mittel der Rechtsprechung eine vollständige Interpretation geben und das ist nach Ansicht auch nur mit Zweidrittelmehrheit möglich.

Vizepräsident Stöcker, der während dieser Rede die Verhandlungen leiten, ruft, zu den Sozialdemokraten gewandt, die Mahnung an die Abgeordneten, die Privatgespräche leiser zu führen. Diese Mahnung wird mit Lachen beantwortet und einige Sozialdemokraten rufen: 'So ruhig war es heute den ganzen Tag noch nicht!' Vizepräsident Stöcker ruft darauf die sozialdemokratischen Hggs. Bels und Schmidt-Köpenick zur Ordnung.

Hg. Graef-Thüringen (Dnat.) begründet in seinen weiteren Ausführungen verschiedene Änderungsanträge zum Antrag Fell. Der Antrag soll ein zweifaches verfassungsändernd und könne nur mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden.

Nach der Rede des Hg. Graef beantragt Hg. St. Frid (Sozial) Vertagung der Sitzung und bezweifelt gleichzeitig die Geschäftsfähigkeit. Die Abstimmung ergibt die Unzulassung von 101 Abgeordneten. Das Haus ist also geschlosseng.

Hg. Dr. Kraus II (Komm.) meint, der Antrag Fell hätte gar nicht zur Beratung gestellt werden dürfen, denn er bespreche die Niederhaltung der nationalen Opposition. In diesem Hause gebe es nur zwei Gruppen mehrer Volksvertreter, die nationale Rechte und die Rechte der Republik. Die bekannte, so nun der Reichstag, die Republik zu schützen. Tatsächlich wollen Sie nur Ihre persönliche geschäftlichen Vorteile zu erhalten. (Lach Schall b. n. Kraus). — Präsident Stöcker erwidert: Ich habe keine Beschwerden gegen Abgeordnete zu unterstellen. Die Reichsverfassung wird immer dann gebrochen, wenn es gegen die Nationalsozialisten geht. Wir Nationalsozialisten sind hier, um über diesen Reichstag an Tagesordnung der deutschen Nation überzugehen! Wenn Sie uns durch solche Angriffe wie den vorliegenden weiter bekämpfen, dann nehmen wir die Verantwortung dafür, wenn die hinter uns liegenden Millionen zur Waffe des Bürgerkrieges greifen. (Schall b. n. Kraus).

Hg. Goering (National) beantragt Vertagung und bezweifelt gleichzeitig die Geschäftsfähigkeit. — Nach in diesem Falle wird durch Ausschluß fehlgeschlagen, das Haus mit 243 unzulassigen Abgeordneten geschlosseng. Der Vertagungsantrag wird abgelehnt.

Hg. Ziegler (Komm.): Wir der sogenannten nationalen Opposition haben nur nicht das geringste zu tun. Wir sind überzeugt, daß die deutschen Nationalsozialisten und Deutschnationalen, die heute die Verfassung verletzen, morgen ebenfalls Pilsudski-Methoden gegen die Opposition anwenden werden. Sie haben es in Thüringen getan, wo sie die Kommunisten der kommunistischen Abgeordneten aus dem Reichstag haben. Die Nationalsozialisten haben unseren Antrag auf Willkür abgelehnt, sie haben sich schamlos über die Geschäftsstände der Reichstag und die Nationalsozialisten geschickelt. Sie haben Millionen-Schuldscheine

bewilligt für die Maschke AG. und andere Unternehmungen, darunter sieben Millionen für den Juden Otto Wolff und für den Juden J. Goldschmidt. (Hört, hört! bei den Komm.) Den Erwerbsschancen hat aber Dr. Frid als thüringischer Minister die sorgfältigen Untersuchungsberichte weiter gebürt. (Hört, hört!) Der Redner bekämpft dann den Antrag Fell und meint, mit diesem Antrage wolle die Mehrheit unter Führung der Sozialdemokraten den Pilsudski-Kurs in Deutschland einführen.

Die Nachführung des Reichstages war um 2.30 Uhr beendet. Die Aussprache über die vorliegenden Anträge begann um Mitternacht. Vor allem stand zur Debatte der Antrag auf Änderung des Pressegesetzes. Es gab über jeden einzelnen Antrag eine geschäftsordnungsmäßige Debatte. Im Verlauf der Aussprache kam es wiederholt zu scharfen Zusammenstößen zwischen der Opposition und der Mehrheit. Wiederholt wurden nationalsozialistische Abgeordnete zur Ordnung gerufen. Die Drohung auf Ausweisung verfiel auf die nationalsozialistischen Schreier ihrer Eindrud nicht. Schließlich wurde gegen Morgen in namentlicher Abstimmung mit 235 Stimmen der Gegenseite zur Änderung des Pressegesetzes in erster und zweiter Lesung angenommen. Es war gegen 3 Uhr morgens, als sich das Haus vertagte.

Die nächste Sitzung des Reichstages beginnt heute nachmittag um 8 Uhr.

Der preussische Kultusetat im Ausschuß

Das neue Schuljahr nicht obligatorisch

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtages wird gegenwärtig der Kultusetat beraten. Kultusminister Grimm erklärte am Montag in der Debatte, daß die Durchführung eines obligatorischen neunten Schuljahres schon mit Rücksicht auf die hohen Kosten nicht in Frage kommen könne. In den nächsten Tagen werde jedoch eine Verlautbarung eintreffen, die sich mit dem Problem des freiwilligen neunten Schuljahres beschäftige und die bestimmt sei, dort, wo Bedürfnis und Reigung vorhanden sei und wo die Sache nicht übermäßig viel Geld koste, durch Einführung eines freiwilligen neunten Schuljahres die Arbeitslosigkeit zu einem Teil bekämpfen zu helfen. Vollständig ausgeschlossen sei es, durch hochschul-organisatorische Maßnahmen die Arbeitslosigkeit tatsächlich einzubüßeln. Trotzdem werde in allernächster Zeit eine Anordnung ergehen, die den Ausliegenden für die höheren Schulen stärker betone. Einen Abbau an der Volksschule halte er für das Bedenklichste und Gefährlichste. Die über einen dergleichen Abbau in die Öffentlichkeit gedrungenen Nachrichten würden den Tatsachen nicht entsprechen. Das Problem der achtjährigen höheren Schule könne nicht einfach damit abgetan werden, daß es — wie eine böswillige Agitation in der Öffentlichkeit behauptet — auf eine äußerliche, unwillige, leistungserregende Forderung der höheren Schulen hinausläufe. Es handelte sich hier um ein wirklich schwerwiegendes Problem, nämlich um die Frage, ob für den Lehrgang der höheren Schulen wirklich neun Jahre erforderlich seien. Er persönlich habe früher den Standpunkt vertreten, daß man auch mit einer achtjährigen höheren Schule auskommen könne. Hinsichtlich der Abschaffung der Keilpräpung sei bisher nichts unternommen worden und werde auch nichts unternommen werden können.

In Bezug auf die Verhandlungen mit der evangelischen Kirche wegen eines Vertragsab schlusses mit Freigen erklärte der Kultusminister, daß er hoffe, die Angelegenheit baldmöglichst zu einer befriedigenden Regelung zu bringen. Das preussische Kabinett habe im Juli am 1. Februar mit der Kirche verträge und einen Vertrag gefügt, auf Grund dessen den Kirchen zunächst ein neuer, verbessertes Vertragsentwurf gegeben.

Külz Oberbürgermeister von Dresden

Der frühere Reichsinnenminister Dr. Külz wurde am Montag mit der Stimmen der Sozialdemokratischen Partei zum Oberbürgermeister von Dresden gewählt. Die Reichsparteien stimmten für den liberalen Kandidaten Senator Dr. Kohlschberg. Der kommunistische Arbeiterkandidat Schälz-Beilin erhielt nur sechs Stimmen der SPD.

Kräji vor Gericht meistens krank

Die Schenkungsübertragung gegen die vier nationalsozialistischen Beschläger Seipel und Gebauer in Dresden am 22. wurde am Montag wegen Fiktion des Angeklagten Seipel auf unbestimmte Zeit vertagt. Der Antrag zur Strafverfolgung, am 17. Oktober, wurde vom Gericht abgelehnt, weil Seipel nach der Meinung des Arztes jetzt nicht schenkungsfähig ist.

Der Mann am Faden

Ein Roman von Hans Hellwig 3. Copyright: by Jackalier-Serling G. m. b. H., Hamburg-Sergelstraße 3.

(Nachdruck verboten.) Das waren Logel, Herrgott nochmal! Jeder hatte sein. Jeder hat sich mit ihm. Die meisten konnten sich auch mit den kleinen Jungen anverwandeln.

Das in irgendeiner Logel gewohnt. Ich mal ich, mal das in irgendeiner Logel gewohnt. Ich mal ich, mal das in irgendeiner Logel gewohnt. Ich mal ich, mal das in irgendeiner Logel gewohnt.

Das ist das Leben? Als ich damals — Gott, an was sollte ich mich alle denken? Daraus waren Spielversteher, jenem Herrn Herrgott, der Herrgott.

Sie sagen von Haus zu Haus, open sich für und mich. Ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so.

Sie sagen von Haus zu Haus, open sich für und mich. Ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so.

Sie sagen von Haus zu Haus, open sich für und mich. Ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so.

Sie sagen von Haus zu Haus, open sich für und mich. Ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so.

Sie sagen von Haus zu Haus, open sich für und mich. Ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so.

Sie sagen von Haus zu Haus, open sich für und mich. Ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so.

Sie sagen von Haus zu Haus, open sich für und mich. Ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so.

Sie sagen von Haus zu Haus, open sich für und mich. Ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so. Herrgott, ich bin immer so.

An anderen Tag war die Kräfte kaputt. Das hier ist die Kräfte. Die Kräfte waren immer so. Die Kräfte waren immer so. Die Kräfte waren immer so. Die Kräfte waren immer so.

Musikant zu stehen. Das Liede Tom jowieto nicht. Auch die Liede. Die Liede waren immer so. Die Liede waren immer so. Die Liede waren immer so. Die Liede waren immer so.

Diese Anklagen wurden Hauptzugstück der Regierungskritik; sie müssen also bis zu Ende durchgeführt werden.

Die Beweisaufnahme hat schon zu Anfang beider Prozesse überaus überdeutlich enthüllt, wie solche ungeheuerliche Beschuldigungen gegen die demokratischen Verteidiger des legalen Verfassungsrechts zusammengebracht werden. Tatsächlich lag es eine Geheimverschwörung gegen das Leben Wilsudfisks, der ihr Urheber war, wie jetzt feststeht, ein Vorkriegsmitglied der Sozialdemokratie, der in dem Attentatsprozess als Hauptbelastungszeuge gegen die angeklagten Sozialisten auftrat. Der bekannte Reel zeigte sich im Kreuzverhör der Anwälte so unbeholfen, daß er nicht nur sich, sondern auch seine Auftraggeber völlig bloßstellte. Um seine Sache zu retten, markierte er schließlich noch vor Abschluß des Prozesses ein neues Attentat, diesmal gegen sich selbst. Auch dabei ging er aber so plump vor, daß der wirkliche Zusammenhang sofort zu erkennen war und das ganze Verfahren zu einer großen Blamage der Ankläger und der Polizeigeheimhoden einer großen Regierung geworden ist. In dem zweiten Prozeß ist der Diktatorregime der selbe Vorkriegsmitglied wieder Kronzeuge! Hier bestanden die Führer der Märzhauser sozialistischen Arbeiterorganisation unter Beweis, daß eine Handgranate, die während des Zusammenstoßes mit der Polizei explodierte und zwei Menschen tötete, von einem anderen Polizeientanten zu Provokationszwecken geworfen worden ist.

Für die Träger eines autokratischen Systems ist es immer gefährlich, wenn sie sich der Öffentlichkeit allzu genau zeigen. In diesen Prozessen bekam man Wilsudfisks Helfer vom untersten Polizeispiegel bis herauf zu den Ministern und Offizieren der nächsten Umgebung des Diktators als Zeugen vorgeführt. Das ergab sozusagen ein intimes Bild vom inneren Funktionieren eines der demokratischen Kontrolle, sonst praktisch ganz entzogenen Militär- und Polizeistaates. Geradezu autokratisch wird in einem solchen System der Auswurf der Menschheit dafür prämiert, daß er die freiheitsliebenden, ihres Wertes bewußten Volksschichten im Gegensatz zu Recht und Gesetz bringt. Das Volk selbst keinen Einfluß mehr auf die Staatsgewalt nehmen kann, muß diese sich durch solche dunklen Elemente über die Vorgänge in der von ihr beherrschten Gesellschaft informieren lassen. Wie der Spiegelbericht durch die höheren Polizeistellen zum Innenminister und von diesem zu Wilsudfisk gelangt und wie dieser dadurch in seinen Haßgefühlen gegen die ehemaligen Kampferossen bestärkt und zu neuen Maßnahmen gegen sie veranlaßt wird — ein grauenhafter Ausschnitt aus der Tragödie der Diktatur!

Der Ablauf dieser Tragödie ist in Polen noch nicht zum entscheidenden Wendepunkt gelangt. Der Kampf um die Mehrheit im Gerichtssaal wird zwar so manchem im Lande die Augen öffnen. Aber daß das Recht schon diesmal siegen wird, ist unübersehbar. Ist doch von den drei Richtern im Attentatsprozess der eine vor Beginn der Verhandlung auf einen hohen Posten im Justizministerium berufen, also direkt abhängig von der Regierung gemacht worden. Dem zweiten soll gar — wie die Oppositionspresse ungenügend mitteilen darf — ein Staatssekretärsposten in Aussicht gestellt worden sein. Wie wird da das Urteil aussehen?

Der innere Kampf in der KPD.

Es sieht nirgends so traurig aus als in der KPD.

Halle, 9. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Das Gerücht, das der kommunistische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Koenig kürzlich in einer KPD-Mitglieder-Versammlung in Halle dahin ablegte, daß die KPD eine Blaupause nach der anderen trotz der günstigen politischen Situation in Halle erleide, und daß der Einfluß der KPD durch Kull ist, wird bestätigt durch einen Brief, den ein bisheriger kommunistischer Funktionär, der über die Vorgänge in der halleischen KPD, auf genaue informiert ist, dem sozialdemokratischen „Volkswort“ in Halle zur Verfügung gestellt hat. Er entnehme dem Brief folgendes:

Wenn die Arbeiter nur wüßten, wie es in dieser angeführten Arbeiterpartei aussieht, sie würden wohl einen anderen Begriff bekommen als den, der ihnen täglich vom Leipziger „Klassenkampf“ oder von der KPD-Songen aufzubringen versucht wird. Man kann ruhig behaupten, in keiner Partei, auch nicht einmal bei den Nazis, geht es so wüst zu und sieht so traurig aus wie in der kommunistischen Partei. Nirgends zeigt sich sowohl Speichellei und Betrug, sowie Unehrlichkeit und widerliches Spekulations- und Heuchelei wie bei der kommunistischen Parteibürokratie. Einer der anderen Teufel. Jeder sucht den anderen im Strajens- und Reichswahl zu übertrumpfen, um dem Zentralkomitee damit zu zeigen, daß er der Würdiger sei. Ob der betreffende irgend welche Befähigung oder Kenntnisse besitzt ist Nebensache. Die Hauptsache ist eine große Schamane und die hündische Erblichkeit gegenüber den Oberbösen im J.-R.

Daraus ergibt sich der starke Rückgang der Partei, die ihres Einflusses in der Arbeiterklasse. Vor etwa 10 Jahren, als der USV-Spaltung, zählte die KPD im Bezirk Halle-Neustadt weit über 60.000 Mitglieder. Seitdem hat die KPD, die 85 Prozent ihrer Mitglieder verloren und zählt gegenwärtig nur noch 10.000 Mitglieder. Der meiste Anhang hat die KPD in der Stadt Halle. In deren unmittelbaren Umgebung dagegen im Bezirk steht es sehr traurig aus. Überall sind nur noch kümmerliche Reste einer Organisation vorhanden. Und wie im Mitteldeutschland, so sieht es im ganzen Reich aus. Man soll sich von der kommunistischen Tagespresse, die täglich von Kennzeichen für die Partei faltet, nicht täuschen lassen. Es ist dies ein riesiger Schwindel, der zu einem gewissen Zweck in die Welt gesetzt wird. Wer Gelegenheit hatte, die interne kommunistische Parteiliteratur zu verfolgen, für den ist dieser Schwindel ohne weiteres klar. So hat z. B. der „Parteiarbeiter“, der für die halleischen Funktionäre bestimmt ist, vor gar nicht langer Zeit folgende Artikel gebracht über die „große Fluktuation in der KPD“. Die Mitglieder, die neu gewonnenen wurden, traten nach kurzer Zeit wieder aus der Partei aus. Ein Kapitel, das ein bezeichnendes Licht auf die sogenannte Arbeiterpartei in Halle, in des der Unterabteilungen. Niemals und nirgends wird wohl so viel unterschlagen als in der KPD. Das ist selbst ein kommunistischer „Finanzminister“ zugegeben. In es ist ein Wunder, wenn ein kommunistischer Bezirkssekretär, der nur im Bezirk Halle, sondern auch anderwärts die Verhältnisse genau kennen lernte, das Wort prägte: „Die KPD ist ein einziger Mißbrauch.“ (Zur Erklärung: dieser Bezirkssekretär ist ein früherer halleischer Landtagsabgeordneter, der vor einiger Zeit in Bayern etwas ausgefressen hatte und in Halle unter falschem Namen — Berger — gearbeitet hat.) Einen ähnlichen Rückgang wie die KPD, hat auch die kommunistische Partei erfahren. Ihre Auflage ist ebenfalls stark zurückgegangen. Sie geht es mit der KPD, unaufhaltsam abwärts und trotzdem treibt ihre Presse: „Wir marschieren.“ Jawohl, aber nicht vorwärts, sondern rückwärts!

Als weiteren Beweis für die Richtigkeit dieses Briefes des kommunistischen Funktionärs ist ein Bericht aus dem Orte Torgau, einem größeren Industriestandort des Bitterfeld, angeführt, nach dem der kommunistische Bezirkssekretär Obermann in einer Mitgliederversammlung erklärte: „Unsere Ausgabe muß es jetzt sein,

die Mitgliederzahl um hundert Prozent zu erhöhen und die KPD zu stärken. Aber was müssen wir feststellen? Statt hundertprozentiger Vermehrung eine hundertprozentige Verminderung. Die kommunistische Jugend ist von 28 auf 8 Mitglieder heruntergekommen, auch die Zahl der „Klassenkämpfer“ sinkt ab.“ Danach muß man in der Tat sagen, daß es wohl kaum nirgendwo „so wüst“ zugeht und „so traurig“ aussieht wie in der KPD.

Fünftagewoche und Wochenkarten der Eisenbahn

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag zu zweiter Beratung des Etats des Reichsverkehrsministeriums folgender Entschließung eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu erlauben, auf die Verwaltung der Deutschen Reichsbahn einzuwirken, damit in den Fällen, in denen Arbeiter durch die Einführung der Fünftagewoche Wochenkarten nur an fünf Tagen benutzen, für fünf Tage geltende und entsprechend verbilligte Wochenkarten ausgegeben werden.“

Nazischwindel aufgedeckt

Kein einziger Reichsbannerkamerad zu Hitler abgewandt

Der nationalsozialistische Abgeordnete Frank U hat am Montag im Reichstag behauptet, ein Teil des Reichsbanners in Ludwigshafen sei zu den Nationalsozialisten übergetreten. Das ist ein alter und längst widerlegter nationalsozialistischer Schwindel. Nicht ein einziges Mitglied des Reichsbanners in Ludwigs-hafen hat den Uebertritt vollzogen.

Dem Märchen liegt folgender Tatbestand zugrunde: Das Reichsbanner in Ludwigshafen hat zu seinen Veranstaltungen manchmal eine Berufsmusikerkapelle zugezogen. Die Nazis versprochen diesen Berufsmusikern, die mit dem Reichsbanner gar nichts zu tun haben, einen höheren Lohn, wenn sie bei Nazi-Veranstaltungen mitwirken würden. Ein Teil der Berufsmusikerkapelle hat sich darauf entschlossen, gegen entsprechende Entschädigung auch bei den Nazis Musik zu machen. Ein Teil der Berufsmusiker hat nicht einmal diesen Entschluß fassen können. Das Reichsbanner hat mit der ganzen Sache nichts zu tun.

...gewiß! — Bohnenkaffee schmeckt gut. Aber Kathreiner schmeckt auch gut — und ist (sehr viel!) billiger ...

Das Sündenregister der Wilsudfiski-Regierung

In der Debatte über den Etats-Voranschlag des polnischen Innenministeriums kam am Montag im Sejm wieder das Sündenregister der Wilsudfiski-Regierung zur Sprache. Man erwähnte die Greuelstaten von Brecht-Litowiz, die ukrainische „Beriedungsaktion“, die Wahlmissbräuche, die Forderungen der politischen Gefangenen usw.

Der sozialistische Abgeordnete und Führer der freien Gewerkschaften Jula wili warf dem Innenminister vor, daß er das öffentliche Leben Polens durch Provokationen und Spitzereien vergifte. Das Bild des Landes sei unter seiner Herrschaft überaus traurig; die Verwaltung verweigere, seine Gerichte und seine Gerechtigkeit, drückende Not in der Arbeiterklasse, jeder dritte Arbeiter erwerbslos, Millionen von Arbeitslosen am Lande. Die Regierung könne sich zwar rühmen, eine starke Faust zu haben, das Land aber sei infolge dieser Gewaltherrschaft so schwach geworden wie noch nie.

Der Redner der Bauernfraktion sagte dem anwesenden Innenminister, daß die letzten Sejm wahlen ein einziges Verbrechen gewesen seien, für das die gesamte Verwaltung mit dem Innenminister an der Spitze vor das Gericht gestellt werden müßte. Die Wilsudfiski-Fraktion des Sejm bestche nicht aus Abgeordneten, sondern aus Delegierten der Regierung und der Staatsverwaltung.

Henderson über Frieden und Abrüstung

Einer Einladung der englischen Sektion der internationalen Frauenliga folgend sprach am Montagabend in London Außenminister Henderson in einer öffentlichen Versammlung über Abrüstung und Frieden. Selten sind von einem Außenminister solche Wahrheiten an die Regierungen, Politiker und Völker gerichtet worden.

Beginnend mit der Entwaffnungsfrage erklärte Henderson, diese Frage sei zum Angelpunkt aller inneren und äußeren Politik geworden. Die vorbereitende Entwaffnungskommission habe die Basis geschaffen, von der aus die Arbeiten für die Entwaffnung beginnen könnten. Die Kernfrage sei jedoch die, ob es die einzelnen Regierungen mit der Abrüstung auch ehrlich meinen oder nicht. Alles hänge jetzt von der öffentlichen Meinung und dem Willen der Völker ab. Die Regierungen hätten zu tun, was die Völker wollten. Wenn die Völker den Frieden wünschten und die Abrüstung, so würden sie befriedigende Resultate haben. Die Mitglieder der Frauenliga und alle pazifistischen Organisationen hätten jetzt ein Jahr Zeit, um die Völker zu mobilisieren. Nie vorher habe es eine solche Gelegenheit gegeben und vielleicht nie wieder würde es eine solche Gelegenheit geben, um den Regierungen, den Politikern und Staatsmännern zu zeigen, daß die Völker wirklich den Frieden lieben und wünschen.

Henderson fuhr fort: „Sollten die Völker wirklich vergessen haben, was der Krieg an Zerstörung bedeutet. Haben die Völker die zehn Millionen vergessen, die im letzten Krieg gefallen sind. Haben sie die 20 Millionen Verwundeter vergessen und wissen sie nicht, daß immer noch die Krankenhäuser gefüllt sind mit den Verwundeten aus dem letzten Krieg. Millionen sind an den direkten Folgen des Krieges in der Heimat gestorben. Der nächste Krieg wird ein Giftgaskrieg sein, gerichtet gegen die Zivilbevölkerung, und es wäre ein internationales Verbrechen, wenn die Völker nicht vor den Folgen eines solchen Krieges gewarnt würden. Der einzige Weg, den barbarischen zu beenden, ist der, den Krieg unmöglich zu machen. Die Weltwirtschaftliche die Arbeitslosigkeit, die Hungersnöte und Frierenden unserer Tage, das alles sind noch

die Folgen des vergangenen Krieges, den die Arbeiter von 1914 bis 1918 mit ihrem Blut und Leben bezahnten mußten, und dem sie jetzt immer noch durch ihre heutigen Leiden tributpflichtig sind. Nur durch eine internationale ökonomische Zusammenarbeit, durch Niederlegung der Zollschranken, können wir diese Weltwirtschaftskrise beseitigen. England gibt jährlich 115 Millionen Pfund für das Kriegsbudget aus. Was könnte damit geschaffen werden, wenn England abgerüstet hätte und diese Summen für soziale Wohlfahrt und für Wirtschaftszwecke verwendet werden könnten. Europa ist heute voller Schwierigkeiten. Der Schlüssel zur Lösung aller wirtschaftlichen und politischen Fragen liegt aber in der Entwaffnung. Bevor nicht abgerüstet wird, kann man keine neue soziale Ordnung in Europa schaffen, und deshalb ist es die Pflicht der Frauen in jedem Lande, ihre Stimme zu erheben und immer wieder der Regierung und den Staatsmännern zu zeigen, daß die Völker bereit sind zum Frieden, und daß Kräfte in der Welt vorhanden sind, die einen neuen Krieg verhindern wollen.“

Französischer Verständigungspolitiker gestorben

Der bisherige ständige Mitarbeiter des Pariser tabakalen „Deuvre“, Victor Snell, der vor dem Kriege der ständige Mitarbeiter der „Humanite“ und einer der Vertrauten von Jean Jaurès war, ist gestern gestorben. Snell ist stets Anhänger der Verständigungspolitik gewesen.

Der Mann seiner Frau

Die Steuerfrohungen des Pariser Parfüm- und Zeitungsfabrikanten Coty sollen nach Angaben der französischen Liga für Menschenrechte von der parlamentarischen Untersuchungskommission ebenfalls unter die Lupe genommen werden. Coty ist im Jahre 1920 mit 10 Millionen zur Kriegsgewinnsteuer veranlagt worden. Es gelang aber nicht, ihn zur Zahlung zu bewegen. Gewöhnliche Sterbliche werden von der Steuerverwaltung einfach gepfändet. Ein Coty dagegen konnte einen Steuernachlaß von 10 auf 3 Millionen durchdrücken und für diese 3 Millionen einen Zahlungskonto auf bis Februar 1930 erhalten. Angeblich kann man nämlich Herrn Coty nicht pfänden. Seine Fabriken und Zeitungen hat er als Aktiengesellschaften aufgezogen und bewohnt selbst eine luxuriös möblierte Etage im Hotel „Moria“. Sein sonstiger Besitz ist auf den Namen seiner Frau eingetragen.

Wahlergebnis aus dem Dollerlande

Newark, 9. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

Die erst jetzt vorliegenden amtlichen Zusammenstellungen der letzten Kongresswahlen güteten einen interessanten Einblick in das politische Bewußtsein der amerikanischen Nation. Für die republikanischen Abgeordneten des Bundes-Repräsentantenhauses wurden über 18 Millionen Stimmen und für die Demokraten über 11 Millionen Stimmen abgegeben. Eine besondere Stellung nimmt die Farmer-Labor-Partei ein, die jedoch keineswegs als Bauern- und Arbeiterpartei im autoritären Sinne angeprochen werden kann, sondern eine ausgeprägte, der Struktur einzelner landwirtschaftlicher Bundesstaaten angepaßte Kleinbürgerliche Partei ist. Sie erhielt insgesamt 280.000 Stimmen während auf ungewählte Splitterkandidaten 171.000 Stimmen entfielen. Die Sozialistische Partei erhielt über 300.000 Stimmen, von denen der überwiegende Teil auf die Staaten Pennsylvania und Wisconsin entfiel. Die Kommunisten mit ihrer täglichen Drohung der wirtschaftlichen und politischen Eroberung Amerikas erhielten alles in allem kaum 80.000 Stimmen.

Die Wahlfürern zeigen, daß die überwiegende Masse der amerikanischen Arbeiterschaft mit dem Stimmzettel nach wie vor im bürgerlichen Lager steht.

Vertrauliche Konferenz der Indier

Gandhi, Sapru und neun andere Delegierte der Londoner Konferenz trafen am Montag in Bombay zu einer vier Stunden dauernden Aussprache zusammen. Das Ergebnis wird geheim gehalten.

Vermischtes

Die Kältewelle in der Schweiz

In der ganzen Schweiz ist es in den letzten Tagen erheblich kälter geworden. In den Bergen des Neuenburger Jura wurden bis 33 Grad Kälte gemessen. In Bern sank die Temperatur auf 15 Grad. Viele Meierei- und größere Seen, wie z. B. der Bieler-See, sind zugefroren.

Seltene Sorgen

Nachdem unter den Partnern drei Tage lang herumgemunkelt worden war, weshalb „Fräulein Paris 1931“ brüsk in den Ruhestand versetzt wurde, obwohl sie erst Ende Januar gewählt worden war und ihre Würde doch ein Jahr andauern sollte, ist nunmehr bekannt geworden, daß Madame Fräulein Paris Mutter eines vier Monate alten unehelichen Töchterchens ist. Es hieß aber Paris könnte kommen wenn man glauben sollte, daß dies ein Grund sei, ein Mädchen in seiner Würde herabzusetzen. Im Gegenteil, die „Mutter“ hat nunmehr den Vorschlag gemacht, Fräulein Paris nicht nur im Amt zu belassen, sondern ihr Töchterchen durch die Stadt Paris adoptieren zu lassen.

Swölf Jahre künstlich ernährt

In einer Sitzung der Wiener Ärztegesellschaft führte der Dozent Dr. Demel eine 30jährige Patientin vor, die seit etwa 12 Jahren künstlich ernährt wird. Die Frau hatte sich vor 12 Jahren durch Trinken einer Laugenlösung das Leben nehmen wollen. Statt des Todes war eine vollkommene Verabfolgung der Speiseröhre zu verzeichnen. Der Selbstmord-Landwirtin wurde damals eine Magenmittel angelegt, durch die eine künstliche Ernährung ermöglicht wurde. Neuerdings war es jedoch möglich, durch Anwendung der elektrischen Sonde Professor Bokeiens die Regiamkeit der Speiseröhre wieder herzustellen. Die Patientin nimmt bereits wieder heilige Nahrung zu sich und in Kürze wahrscheinlich auch Nahrung in fester Form.

Kuckuck

Die größte illustrierte
Wochenschrift
erschint jeden Sonntag
überall erhältlich

Kauft nur bei den
Kunden unserer Zeitung!

Sarkophagen-Anzeigen

Ein freies Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!
Am 7. Februar, 16¹/₂ Uhr, verschied unsere liebe, gute Mutter, Großmutter, Urgroßmutter, Schwester und Tante, die verw. Frau

Dorothea Machner
geb. Mischke

im 78. Lebensjahre.

Breslau, den 10. Februar 1931
Popelwitzstraße 64 8011

Im Namen aller Hinterbliebenen:
Richard Machner.

Beerdigung: Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Kapelle des Coseler Friedhofes aus nach Teil St. Paulus.

Am 7. Februar verstarb mein lieber Sohn, unser Bruder, Schwager, Onkel und Bräutigam

Otto Himmel

im Alter von 30 Jahren.

Namens der Hinterbliebenen
Berta Himmel
geb. Stiller, als Mutter

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 11. Februar, nachmittags 3¹/₂ Uhr, von der Halle des Friedhofes in Dürrgoy aus statt.

Verband der Deutschen Buchdrucker

Am 9. Februar verschied nach schwerem Leiden unser Kollege, der **Maschinensetzer**

Erich Panfke

im Alter von 32 Jahren.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten

Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau

Beerdigung: Donnerstag, den 12. Februar, 15 Uhr, am dem Friedhof in Zimpfen.

Gesamtverband der Arbeitnehmer.

Am 7. Februar verstarb unser wertiges Mitglied, der **Arbeitsinvalide**

Ernst Kelch

im Alter von 53 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, 11. Februar, nach 3 Uhr, von der Halle II, Tor 6, der Oswitzer Friedhöfe.

Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher.

Am Sonntag, dem 8. Februar, verstarb plötzlich und unerwartet unser Kollege, der **Invalide**

Karl Otto

im Alter von 67 Jahren.

Sein Andenken werden in Ehren halten

Die Mitglieder der Filiale Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, 11. Februar, nach 4 Uhr, von der Halle des Salvator-Friedhofes, Lobstraße.

Ein liebes Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Am Sonntag, dem 8. Februar, vormittags 9¹/₂ Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden unsere liebe Mutter und Schwiegermutter

Pauline Hübner

im Alter von 77 Jahren.

Fritz Hübner als Sohn
Emma Hübner als Schwiegermutter

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2¹/₂ Uhr, von der Halle des St. Paulus-Friedhofes in Cosel aus.

Am 6. Februar starb unser Mitglied

Frau Maria Förster

im Alter von 72 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

die freiwilligen Helferinnen der **Schulkrankenkasse** in Cosel.

Beerdigung: Donnerstag, den 12. Februar, nachmittags 2¹/₂ Uhr, von der St. Paulus-Kapelle in Cosel.

GEHRTS-VERLEHNGS- HOCHZEITS-
ANZEIGEN
betriebl. durch die
Volkswacht-Buchdruckerei
Friedrichstraße

Du warst so gut, Du starbst so früh doch wir vergessen Deiner nie.
Am 7. Februar verstarb plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der **Kriegsinvalide**

Ernst Kelch
im Alter von 53 Jahren.

Dies zeigt schmerz erfüllt an: Die trauernde Gattin
Pauline Kelch, geb. Brieger
nebst Kindern u. Anverwandten.

Beerdigung: Mittwoch, den 11. Februar, 15 Uhr, von der Halle II der Oswitzer Friedhöfe aus.

Schauspielhaus
Kauf 25.00 Operettenhäuser

4 Abend-Volks-Vorstellungen
Dienstag, Mittwoch, Donnerstag u. Freitag
8 Uhr

Gastspiel Loré Lore
in dem Sensationserfolg

Victoria u. ihr Husar

Revolution der Kassenpreise!
zu noch nie dagewesenen Volkspreisen!

II. Rang 0.50 Mk.
Vorfest 1.-
I. Rang 1.50

Nach der Kundheitskarte ist jetzt in der Lage, sich diese besprochenen Operette anzusehen

LIEBICH

Otto Reutter
und 5 Variet-Strößen
Tel. 5111
Ruf 346 45

Circus Busch
Schaubühne
Mittwoch Dienstag zeigen
Hans-Ferret
Kühler-Lohmayer
Erwin-Pröbster
Entscheidungs:
Petriz-Petriz 12

Schlesische Philharmonie.
Dienstag, den 10. Februar, 20 Uhr
(Großer Konzertsaal)

8. Abonnements-Konzert

unter Mitwirkung der **Breslauer Singschule**
Leitung: Prof. Dr. Georg Dohrn

Solisten: **Adelheid Arnold, Berlin** (Sopran); **Karoline Emmy Neidendorff, Dessau** (Alt); **Roland Hell, Berlin** (Tenor); **Ernst Sasse, Breslau** (Bass)

Programm: „Missa solennis“.

Genossen deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

80 RM.

juch! Partei, juch! u. Reichsbannerkamer., 100 RM zurück i. 5 pünktl Monatsrat Sicherh u. Bürgsch vorh. Da ehlich gemein kein Risiko Offert um B.10 a.d. Volkswacht, glückl. 4

Jeder Selbstverbraucher muß heut sparen, wo er nur kann. Darum Braut-, Park-, leute, Beamte, deckt euren Bedarf an Möbeln, Hausgerät und Pianos nur im **Volkswacht**. Trotz der bekannten billigen Preise auch Entgegenkommen in der Zahlungsweise. Meldungen beim **Vogelgatter, Berliner Straße 9.** 521

In 3 Tagen
Nichtraucher
Auskunft kostenlos! Sanitar-Depot, Halle a. E. 1517

Urania

12 Monatshefte und 4 Bücher
Der proletarische Kosmos

zu best. durch die **Geheimstelle** u. die Zeitungsstellen

Wohnungen

kleinstehende leicht möbl. oder unmöbl. **Zimmer** jedoch nicht über 25 Mark monatlich. Offert mit Preisangabe unter A. 942 an die **Geheimstelle** d. Ztg erbeten

Tausche Wohnung

best. aus Küche u. Stube mit Hausbereitg. in best. Lage gegen größere Wohnung d. S. 9 an die **Geheimstelle** dieser Ztg

Kleine Anzeigen

mit komprim. geklebte einpaltige Anzeigen von Verfeuten ausgelassen u. an nur von **Freitag** 11 bis 9 Uhr an die **Geheimstelle**

Hobelsägen, gut erhalten, und **Werkzeug** sowie 1 moderne **Stühle** (Nub.) billig zu verl. **Geheimstelle** d. Ztg

Kleine Anzeigen sind in der **Volkswacht** billig u. erfolgreich

Morgen: Einmalige Gelegenheit!

Schneefächer in guter Strapazierqualität . . . Stück	14
Handtücher gute Damast- u. feine Gerstenkorngewebte Gr. 48, 100 u. 110 cm lang, zum Aussch.	65
Weißer Damast-Servietten Gr. 48/48 cm in verschied. modernen Mustern . . . Stück	35
Kinder-Futtertrikot-Schlüpfer kräftige Strapazierqual., Größe 35, Paar	48
Dam.-Futtertrikot-Schlüpfer prachtv. Qualität, Gr. 46/48 Paar 1.10 Größe 42/44 Paar	95
Knaben-Strick-Anzüge in reinwoll. u. platt. Quat je nach Ausfüh. u. Größe St. 3.50, 2.75	1.95
Stick-Bettstreifen u. Ecken m. kl. Schönheitsfäden je nach Ausfüh. u. Qual. Stück 20, 15	10
Maschinen-Klöppelsitzen ca. 4-7 cm breit, für Handarb., Gardin. etc., durchw. Met. 8	5
Wäschesticker Reste verschied. Läng. u. Breiten schön. Filet- u. Gittermuster, Meter 35, 25, 15	10
Gute, kräftige Fußabtreter (Kokosmatten) mit farbigen Rand, St.	45
Pa. Oranienburger Kernseife 500 Gramm Frischgewicht . . . Riegel	35
10 Stück Rasterklingen gutes Faacikat . . . 10 Stück	25
Mandel- und Mosaikseifen (gut schäumende Qualität) . . . Stück	8
Mehrere 1000 Mappen Briefpapier in Leinen, Lf. 5 5, u. Seidenl., Mappe	10
10 Meter blaues Schrankpapier	25
4 große Rollen Toilettenpapier Rolle 200 g	48
Solinger Backen Bestecke durchgeh. m. Besch. unverwundlich u. Gebrauch mod. Klinge	45
Goldrand Porzellan Speiseteller ca. 24 cm Gr. 10 od. 12, vollkomm. lackierter St.	42
Steingut Waschbecken und Krüge cremefarbig mit klein. Schönheitsfäden	72
Küchenmesser gute Klinge, durchgehete Hefte Stück	8
Reinwollener, 95 cm breiter Crêpe-Caid zum Selbstverfärb. u. z. Antest g. v. Kinder- u. Damenverfärb. geest. nur heißige, keine M. M.	95

MESSOW WALDSCHMIDT
G. m. b. H.

Nur die chemische Reinigung gibt Ihnen Gewähr dafür, daß Sie an einem **Stück Kleid** Frau die haben, die es wird im **Aussehen** wie neu. Unsere niedrigen Preise assoziieren Ihre neuer. **Zeile und Gestalt** auch bei **Reinigung** des **Verlustes!**

Kein Verlaufen!
Kein Verziehen!

Für Steichwaren Kelling-Reinigung das einzig Richtige!
Tüchtler in allen Stadtteilen.

Kunst ist Waffe. Kunst ist Waffe. Kunst ist Waffe. Kunst ist Waffe.

Friedrich Wolf:

Die Matrosen von Cattaro
Mk. 1.80

Volkswachtbuchhandlungen Breslau:
Neue Gröbenstr. 5 • Flörsdal 46 • Friedrich-Wilhelm-Str. 105

Der Wahre Jacob

Siehe demnachst. **Wahrheit** zu haben in der **Volkswacht** Buchhandlung und bei den **Lernungs** **Träger**

Zufereate erwarten in unserer Zeitung den größten Erfolg!

Christopher Addison: Praktischer Sozialismus
Übersetzt und mit Vorwort und Anmerkungen versehen von **Hermann Kranold-Sieinhaus**
Mk. 2.60

Volkswachtbuchhandlungen Breslau
Neue Gröbenstr. 5, Friedr.-Wilh.-Str. 105, Flörsdal 4

Die in diesem Anzeiger enthaltenen Anzeigen sind durch den Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., Breslau, in Auftrag gegeben.

Breslauer Nachrichten
Groener fühlt sich beleidigt

Aufklärung um den Kieler Munitionsprozess?

Die „Volkswacht“ soll die Reichswehr verunglimpft haben

Es gab einmal eine Zeit, da erhielten wir von Zeit zu Zeit...
...die Reichswehr in dieser...
...republikanisches Institut und unsere Informationen...
...Seither hat sich manches geändert...
...weiterer Ewigkeitsminister die Beziehungen zur Sozial...
...in dem bekannten Brief an Genossen Künstler ab...
...Seither verkehrt das Reichsministerium per Staatsanwalt...
...uns.

Und das hat folgende Bewandnis. Als im vergangenen...
...Genosse Künstler seine scharfe Auseinandersetzung mit...
...Reichsminister hatte und dabei sehr nachdrücklich auf den...
...merkwürdig verlaufenen Kieler Munitionschieberprozess...
...brachte sie den fraglichen Reichstagsbericht mit der...
...schrift:

„Ist das Reichswehrministerium aufrichtig und ehrlich?
Genosse Künstler prangert die Politik Groeners in der
Kieler Munitionschiebung an. Unsaftliche und irische
Eingebung Groeners. Der enge Kontakt der Reichs-
wehr mit Sowjetrußland.“

Da Reichstagsberichte eine Art Immunität besitzen, waren
Ausführungen Künstlers strafrechtlich nicht erreichbar. So
bleibt denn die Ueberschrift erhalten: Der Wehrminister stellte
keinen Antrag, der Staatsanwalt erhob Anklage. Diese An-
kündigung ist nicht nur auf die eventuell in dieser Ueberschrift
enthaltenen formalen Beleidigung, sondern auch auf die „Ver-
unglimpfung“ nicht erweislich wahrer Tatsachen (diese Sprachschöpfung
aus dem Strafgesetzbuch, nicht von uns), welche denselben
Minister) verächtlich zu machen und in der öffentlichen
Anschauung herabzuwürdigen geeignet sind. Bei einer solchen An-
kündigung muß aber auch der Wahrheitsbeweis zugelassen werden, was
bei der Staatsanwaltschaft nicht hinderte. Beweisunterlagen des
genannten Genossen Ludwig abzugeben.

Bei der Hauptverhandlung vor dem erweiterten Schöffens-
hof, am Sonnabend, wiederholt daher Genosse Götke in als
wichtigsten diesen Antrag und begründete eingehend, daß er den
genannten führen werde, daß die Feindschaft dem Genossen
Künstler abgegebenen Erklärungen im Reichstag unrichtig und
unvollständig gewesen seien, daß die in der inkriminierten Ueberschrift
enthaltenen Bezeichnungen auf das Verhalten des Ministers zu der
Kieler Munitionschiebung (der Prozess hat hinter verschlossenen
Türen stattgefunden, den Beteiligten wurde Schweigegebot auf-
gelesen, was nicht zu führen sei. Tatsächlich sei die Unwahrheit gesagt
worden, denn tatsächlich habe die Reichswehr kriegsfertige
Munition und unbrauchbare Patronenhüllen mit scharfen Zünd-
köpfen in dem Jahre 1927 und 1928 erworben. In diesem Kauf-
prozess befand sich zum Schein eine Verabreichungsliste. Tat-
sächlich aber wurde das Kriegsmaterial nicht verabreicht, sondern
in Wägen des Ministeriums im Inn- und Auslande verkauft.
Im Beweise dieser Dinge beantragte Genosse Götke die Lösung
von Angeklagten aus dem Kieler Prozess Schwarz, Laub und
Klein, sowie des italienischen Speditours Simonetta in
Breslau.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft stand diesen politischen
Erwägungen förmlich unvorbehalten gegenüber und fand die
genannten — belanglos. Genosse Götke erwiderte, daß bei einer
Anklage nach § 181 die Möglichkeit des Wahrheitsbeweises dem
Angeklagten nicht verweigert werden dürfe. Wenn Groener sich tat-
sächlich über den Kieler Prozess hinwegsetze, statt Aufklärung
zu geben (laut Reichstagsbericht) bezeichne Groener die An-
geklagten Künstler als den „Hinter der Verantwortung“
stehenden, so seien die Bezeichnungen in der Ueberschrift zum Mindesten
unvollständig des Strafmaßes ganz anders zu bewerten. Gericht und
Staatsanwalt amüßerten sich förmlich bei dieser Auseinandersetzung.
Der weder der abwesende Minister, noch der anwesende
Staatsanwalt eine allzu glückliche Figur abgaben. Nach ziemlich
langer Beratung gab das Gericht dem inzwischen noch er-
weiterten Beweisantrag statt und ordnete die Einvernahme der
Angeklagten aus dem Kieler Prozess, sowie des Ministers Groener,
der Abgeordneten Breitscheid und Künstler an. Die Verhandlung
wurde dabei vertagt.

Donnerwetter, das geht schnell

Die kommunistische Arbeiter sich gegen die staatliche
Verordnung verkehren. Ueber Jäschlowitz hingegen schweigen
sich alle Staatsanwälte Breslaus aus

Polizist Schleißer Landesdienst meldet:
Nach den Waffensuchen in Jäschlowitz lenkte die Polizei ihre
besondere Aufmerksamkeit auf politische und auch andere Um-
stände. Bei einem Umzug von Kommunisten konnte festgestellt
werden, daß einige Umzugsteilnehmer verschiedene Waffen
mitgebracht hatten. Diese wurden in Verwahrung genommen.
Im Anschluß daran fand bei einem Kommunisten in der Platz-
straße eine Hausdurchsuchung statt, bei der verschiedene Waffen mit-
gebracht werden konnten. Wegen unbefugten Waffen-
besitzes werden sich nunmehr eine Anzahl von Personen (Braun
und Genossen) am 11. Februar vor dem Erweiterten Schöffens-
hof zu verantworten haben.

Wenn wir uns nicht irren, sind auch in Jäschlowitz ver-
schiedene Waffen weggenommen worden. Trotzdem hat man bis
jetzt von dem Sachbearbeiter, Staatsanwaltschaftsrat Kaiser,
nichts vernommen, was er in der Sache zu tun gedenkt, ob
er überhaupt jemals gegen die Bürgerkriegsdelikten, deren Soldaten-
verbrechen aus verschiedenen Gründen politischer Art viel bedenk-
licher sind, wie die kommunistischen Krafthosen, unter Anklage stellen
wird. Das zweifelhafte Maß, mit dem hier gemessen wird, ist eben-
falls höchst auffällig und aufreizend, wie die Urteile, die in letzter Zeit
in Breslauer Gerichten gegen Kaponen einerseits und gegen
kommunistische Arbeiter andererseits gefällt wurden.

Hoffentlich bringt die vom Unterbezirk Breslau-Land-Neu-
stadt-Königsberg von unseren Abgeordneten geforderte Anfrage im
Reichstag wenigstens so viel Beschleunigung in den ins Stadium
gegangenen Betrieb der Untersuchung des Falles Jäschlowitz, daß
zu erwartende Einleitung des Verfahrens einer schnelleren
Entscheidung befähigt werden wird.

Dufter der Glätte

Vor einigen Tagen führte vor dem Hause Jundernstraße 22/24
ein vorübergehender Kaufmann Walter Reize mit aus der
Handtasche 4 Infolge der Glätte hin und brach sich den Arm. Der
Kaufmann begab sich zunächst in keine Wohnung, mußte sich
dann in der Universitätsklinik einer Operation unterziehen.
Dabei der er am Sonnabend starb. Die Leichen, die dem Ver-
storbene heißen, sollen sich zur Klärung des Sachverhalts im
Rahmen 417 des Polizeipräsidiums melden.

Der Schloßkauf voller Geheimnisse

Nun ist bereits die zweite Verhandlungswoche in dem Betrugsprozess, der sich um das Schloß Giers-
dorf dreht, beendet und fast könnte man sagen, man ist genau so klug wie am Anfang. Waren es Betrugs-
absichten oder war es eine verfehlte Spekulation? Das sind Fragen, die immer noch nicht ganz geklärt sind.
Allerdings wurden hier Geschäfte getätigt, die der gewöhnliche Sterbliche als Betrug ansehen würde. Doch die
Geschäfte um Giersdorf sind so mysteriös und geheimnisvoll, daß man doch nicht so ohne weiteres die Angeklagten
als Betrüger ansprechen kann. Sie mögen geschäftsgewandt sein, doch daß sie auch Persönlichkeiten einwickelten,
die an verantwortlichen Stellen mitten im öffentlichen Leben stehen, ist eigentlich zu ihren Gunsten auszuwerten.
Andererseits gewöhnliche Sterbliche werden jedenfalls kaum erwarten können, daß ein Legationsrat a. D.
von Richtigsen oder ein Vizepolizeipräsident so ohne weiteres mit besonderen Empfehlungen zur Hand
ist, ohne die empfehlende Persönlichkeit überhaupt näher zu kennen.

Was den Prozess so geheimnisvoll und unwirklich macht, das
ist das Konglieren mit Millionen, als seien es Markt-
früchte. Nicht minder mysteriös ist es, daß die Angeklagten es ver-
standen, selbst einen gewandten Notar, wie den Rechtsanwalt Dr.
Stiller in Glog, von dem Gelingen des Kaufes des Schlosses
Giersdorf betriebl. zu überzeugen, daß er jedem, der es hören
wollte, die günstigste Auskunft über den zukünftigen Besitzer des
Schlosses erteilte; ja daß er sogar den Grafen Merfeldt für
eventuelle Schäden die aus einer Verzögerung der Auflassung
entstehen könnten, verantwortlich machte.

Einwandfrei ergab die Verhandlung bis-
her, daß die Millionen zum Ankauf des
Schlosses weder durch eine Millionenanleihe
aus England beschafft werden konnten, noch daß
die Kaufsumme durch Holzlieferungen an
Frankreich auf Reparationskosten hätte fällig
gemacht werden können. Immerhin dürften die ganzen
Verhandlungen, die sowohl in London als auch in Paris geführt
wurden, und an denen nicht nur der zukünftige Herrschaftsbefitzer
Gembus sondern auch diverse Notare teilnahmen, tausende von
Mark gekostet haben. Ob dieses Geld der recht betriebliche
Generalbevollmächtigte, Hirschberg, verschaffte, ist bisher noch
nicht einwandfrei geklärt, da Gembus bestreitet, von Hirschberg
mehr wie 1000 Mark bekommen zu haben. Dieser wiederum will
ihm mindestens 14 000 Mark zur Verfügung gestellt haben. Er
hatte ja auch mit erheblichem Erfolg im Interesse seines hohen
Chefs, der die Geschäfte im Auslande abwickelte, gearbeitet. Vieh
doch ein Kaufmann aus Berlin auf das noch in der Luft hän-
gende Schloß 50 000 Mark bares Geld. Doch dies ist viel-
leicht ein reicher Mann, der das Geld eher verkommen kann.
Andererseits ist jedoch mit jenem Käufer aus der Provinz, der keine
lauren Spargroschen in Höhe von 5000 Mark dem Generalbevoll-
mächtigten Hirschberg als Kaution einbrachte, und der dafür
den Posten eines Schloßverwalters einzutauschen sollte, Hirschberg
verhandelt ja auch gewaltig aufzuscheiden. Nach seinen An-
gaben beherbergte das Schloß enorme Schätze.
Allein schon zur Bewachung des Silberlagers sollten dem zu-
künftigen Schloßverwalter zwei Fußknechte zur Verfügung ge-
stellt werden. Der reiche Deutsch-Amerikaner habe aber in dem
Schloß auch einen Kamin, von dem jede einzelne Kachel einen
Wert von 2000 Mark habe. Unter gewöhnlichen Menschen nennt
man dies „Verspielung solcher Teufelchen“. Hirschberg aber
nimmt den guten Glauben für sich in Anspruch, daß er tatsächlich
der Ansicht gewesen sei, der Kamin sei so wertvoll und der Käufer
hatte ihn ja schließlich auch selbst bezahlt, so daß er sich keine
eigene Meinung hätte bilden können. Jedenfalls dürfte dieser
Käufer am allergeringsten geschädigt sein, und daß ihm Hirsch-
berg als Offizier sein Ehrenwort gab, daß alles keine Richtigkeit
habe, auch dadurch wird er nicht einen einzigen Pfennig wieder-
geben. Daß ein weiterer Bewerber um den Posten eines kauf-

männlichen Direktors vor Schaden bewahrt blieb, weil er die an-
geforderte Kaution von 13 000 Mark nicht so schnell flüssig machen
konnte, war ein großes Glück für ihn. Doch eine ganze Reihe
kleiner Handwerksmeister wurde dadurch geschädigt, daß sie schon
Aufwendungen für die Renovierung des Schlosses gemacht hatten.

Eines gewissen Humors entbehrt nicht jener Abschnitt des
Betrugsprozesses wo Möbellieferanten beauftragt wur-
den, das Schloß standesgemäß auszustatten. Die Aufträge für die
Ausstattung der 25 Zimmer beliefen sich zwischen 60 000 bis 90 000
Mark. Da war u. a. ein Konjunktzimmer, ein Ingenieurzimmer,
diverse Damenkammern, ein Ritterschiffzimmer u. a. zu liefern.
Doch auch mit verschiedenen deutschen Banken Verhandlungen
über Zwischentreue oder Bürgschaftsübernahme geführt wurden.
Ist selbstverständlich, überhaupt lagte eine Verhandlung immer
die andere. Und deshalb konnte man ihnen insofern vielleicht den
guten Glauben an ein Gelingen des Kaufes nicht abprechen.
Außerordentlich bedenklich dagegen bleibt ein Teil des Schrift-
wechsels, wie auch die bereits von Hirschberg gebrauchten Willen-
karten mit der Aufschrift: „Rittermeister a. D., Generalbevollmäch-
tigter der Rittergutherrschaft Giersdorf-Großau“. Diese Willen-
karte war auch mit einer Krone gezierter. Unbedingt un-
sympathisch in dem ganzen Prozess berührt auch jener Brief,
den Gembus an den Hauptmann a. D. Ritter-Berlin aus
Paris schrieb, daß der Dinkel aus Amerika da sei, und
daß er bereit sei, nicht nur die 24 Millionen zum Ankauf der
Herrschaft Giersdorf zu geben, sondern auch noch über eine Mil-
lion Mark dazu, damit er das Wasserkräutchen anlegen und auch
die Arbeiten im Magnesiumwerk wieder aufnehmen könne. Ueber
Gembus und Ritter war der dritte Gesellschafter der frühere
Oberbürger Kohnfelder. Von diesem liegt auch ein Brief
vor, daß Ritter ein Patent erfunden habe und die Million, die
er dafür bekomme, werde er für Schloß Giersdorf verwenden.
Dieser ganze Briefwechsel mit all seinen hochtönenden Ver-
sprechungen erfolgte nur deshalb, um den Grafen Merfeldt in
der Hoffnung zu erhalten, daß der Kauf doch noch zustande
kommen.

Die Verletzung des überaus umfangreichen Briefwechsels
zwischen den drei Gesellschaftern untereinander, zwischen Gembus
und den Banken und der Reparationskommission wie der deutschen
Delegation nahmen zwei volle Tage in Anspruch. Die beiden Ge-
sellschafter, Ritter und Kohnfelder, sowie auch der Rechtsanwalt
Waldeck, der ebenfalls in dieser Sache tätig war, wurden am
Freitag in Berlin durch den richterlichen Beistand vernommen.
Das Ergebnis der Vernehmung wird an den kommenden Ver-
handlungstagen mitgeteilt werden. Ob diese Vernehmungen
etwas mehr Licht in die dunkle Schloßkaufangelegenheit bringen
werden bleibt abzuwarten. Die Urteile in diesem einzig da-
stehenden Prozess werden erst Ende der kommenden Woche gefällt
werden.

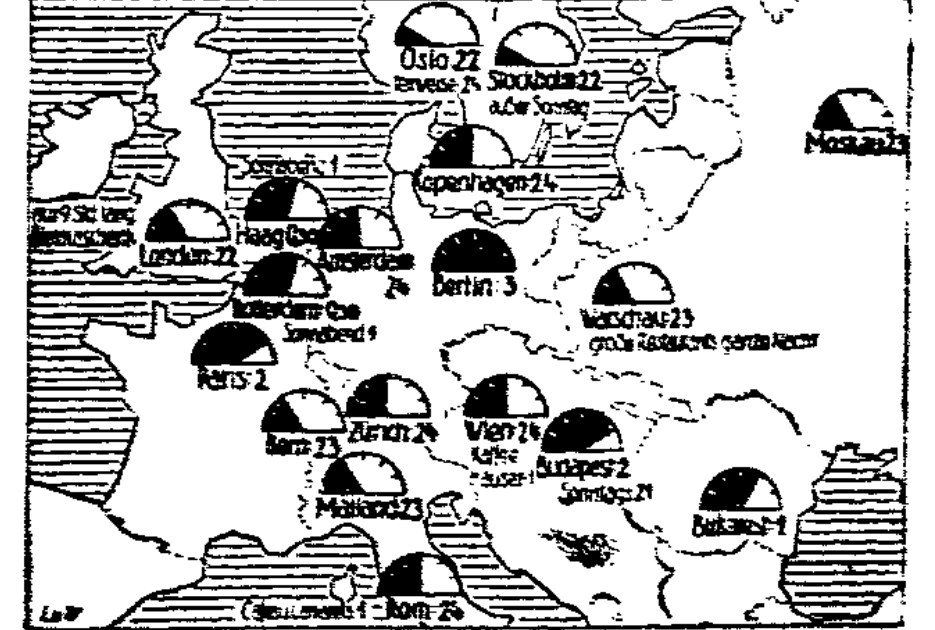
Stadträte und Stadtverordnete

Heute, 20 Uhr, findet im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses
eine außerordentliche Fraktionsitzung statt.

Kinder- und Jugendchor

Ein Kinder- und Jugendchor wird zur Massen-
aufführung des großen Massenchorwerkes „Kreuzzug der
Rachine“ zusammengestellt. Die langespendigen Mädchen
und Jungen über zehn Jahre aller Schulen werden
zur Mitwirkung und Einübung von Kinderchören hierdurch auf-
gefordert; und erucht, am Freitag, dem 13. Februar, nach-
mittags 5 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses zu er-
scheinen. Chorleiter ist Herr Lehrer Franke. Mehr zahlreiche
Teilnahme erbittet die Bezirksleitung Breslau des Deutschen
Arbeiter-Sänger-Bundes.

Polizeistunde
In europäischen Großstädten



Die Polizeistunde in den europäischen Großstädten.
In dem Schandurteilgesetz, das der letzte Reichstag
verabschiedete, wurde die Polizeistunde in Deutschland noch
nicht einheitlich geregelt, vielmehr wurde es den regionalen
Polizeibehörden überlassen, für die einzelnen Städte je
nach dem Bedürfnis die Polizeistunde zu bestimmen. In
diesem Zusammenhang dürfte es von Interesse sein, einmal
zu sehen, wie weit sich in den einzelnen Hauptstädten Euro-
pas das offizielle Nachtleben ausdehnt. Es zeigt sich dabei,
daß man in Berlin mit der 3-Uhr-Polizeistunde am ar-
beitsbeherrschten tag, während sonst in den meisten Haupt-
städten am Ritternacht die Gaststätten offiziell schließen.
Jedoch gibt es noch in verschiedenen Städten für gewisse
Erfälle die Sondererlaubnis, die ganze Nacht offenhalten
zu dürfen.
Neben Berlin kann in diesem Zusammenhang auch Breslau
nicht unerwähnt bleiben; Breslau, das für die heutige Zeit eine
recht ausgedehnte Polizeistunde hat, obgleich es bei weitem nicht
den Fremdenverkehr aufweisen kann als Berlin,

Generalversammlung des
„Sozialistischen Kampfbundes“

Erweiterung der Bundesleitung

Am Sonnabend, dem 7. Februar, tagte im Gewerkschafts-
halle die Generalversammlung des Sozialistischen Kampfbundes.
Die Versammlung war sehr stark besucht. Den Jahresbericht gab
der Bundesleiter. Aus dem Bericht konnte man ersehen, daß
der Bund nicht nur eine starke Mitgliederzunahme zu verzeichnen
hat, sondern auch eine Fülle von Arbeiten für die proletarische
Bewegung geleistet hat. Sehr oft wurde der Kampfbund von
der Breslauer Parteileitung zur Flugblattverbreitung
aufgerufen und immer waren die Genossen zur Stelle, ganz gleich,
ob es sich um Flugblätter gegen die Nazi oder um solche für die
Erwerbslosen, welche an den Arbeitsämtern verteilt wurden,
handelte.

Die Tätigkeit des Kampfbundes erstreckte sich aber auch
stark auf den Saalkampf für die Partei, Freidenker, Jungsozialisten
und Sozialistische Studentenvereinigungen. Den Kongressen
wurden vier Tage und Nächte die Schuwachen für das Festlager
gestellt, ebenso der Freien Rubervereinerung zwei Tage und
Nächte die Bootswache gelegentlich des Sportfestes.

In der Wahlzeit stellte sich der Kampfbund mit beiden
Kapiteln 4 Wochen der Breslauer Parteileitung zur Verfügung.
Flugblattverbreitung wie Saalkampf wechselten in dieser Zeit
dauernd ab. Abgehalten wurden 11 Vorstandssitzungen,
13 Sitzungen des erweiterten Vorstandes und 7 Mitglieder-
versammlungen.

Dem folgenden Kassenbericht des Hauptkassierers war
zu entnehmen, daß die Kasse einen feiten Bestand hat und in
Ordnung befunden wurde.

Auf Wunsch der Mitgliederversammlung und unter Feri-
dichtigung der starken Mitgliederzunahme wurde die Bundes-
leitung durch einige Mitglieder vergrößert. Die Wahlhandlung
selbst ergab die einstimmige Wiederwahl der alten
Bundesleitung sowie der hinzugewählten.

Im Schlußwort forderte der Bundesleiter die Mitgliedschaft
auf, so wie bisher den Kampfbund weiter zu stärken und mit-
zuhelfen, die gesamte Arbeiterschaft unter der roten Sturmflagge
des SAS zu sammeln und zu einigen zur Abwehr gegen den
Faschismus.

Um 12 Uhr wurde die äußerst befriedigende Versammlung
geschlossen.

Eine Neuerfindung von starker Gegenwartsbedeutung!
Emil Lederer: Wege aus der Krise.

Die vorliegende Schrift, aus einem Vortrag hervorgegangen,
ist der Versuch einer Diagnose der wirtschaftlichen Gegenwarts-
lage Deutschlands. Es wird der Nachweis erbracht, daß die gegen-
wärtige Krise nicht nur eine normale Wirtschaftskrise ist,
sondern daß spezielle Ursachen das Wesentliche vertiefen. Es
werden die Widerstände aufgezeigt, die einer normalen Sanierung
im Wege stehen, die Richtung, welche eine energische Krisen-
bekämpfung nach den Lebensgesetzen der kapitalistischen Wirtschaft
selbst nehmen müßte und die Tendenzen, die eine wirtschaftliche
Entwicklung mit dem Ziel einer gesellschaftlichen Kontrolle der
Produktionskräfte notwendig machen. Bestimmungen an die „Volks-
macht“, Sachhandlungen, Neue Gruppenstraße 5 usw., erbeten.

Schreckenszene auf dem Wannsee

Der 35 Jahre alte Rentner Kurt Dessau aus Nikolassee hatte gestern vormittag mit seiner Ehefrau und seinem siebenjährigen Töchterchen einen Schlittenausflug nach dem Grünwald unternommen. Als sie auf dem Heimwege über das Eis der Pieperbucht nach dem Kaiser-Wilhelm-Turm zu gingen, gab das brüchige Eis nach und alle drei stürzten in das Wasser. Spaziergänger gelang es, die Frau und das Kind lebend zu bergen. Der Mann war anscheinend unter die Eisdecke geraten und abgetrieben. Seine Leiche konnte auch von der herbeigerufenen Feuerwehr noch nicht geborgen werden. Fast hätte das Unglück noch mehr Menschenleben gefordert, denn bei den Rettungsarbeiten brachen drei weitere Personen ein, konnten aber herausgezogen werden.

Arbeiter-Olympiade in Würzburg

Und wie sich dabei die Nazis verhalten

Die Internationale Arbeiter-Wintersport-Olympiade in Würzburg (Ostereich) nimmt weiter einen hervorragenden und alle sportlichen Teilnehmer wie auch Zuschauer befriedigenden Verlauf. Allerdings wurde der Schnee, der Ende voriger Woche in großer Menge fiel, den Skilangläufern zum Verhängnis. Da es nicht gelang, der Schneemassen Herr zu werden, wurde der Langlauf über 30 Kilometer abgeblasen. Beim kombinierten Skilanglauf mit den Sprungkonkurrenzen erhielt den ersten Platz der Finne Talti mit 36:46 Punkten vor Schweden mit 35:37 Punkten. Auch im Langlauf der Sportlerinnen über sechs Kilometer beizien drei Finnländerinnen die ersten Plätze. Im Bobeln hatten indes die Österreicher den größten Erfolg. Auch bei dem Tanzwettbewerb auf dem Eis siegte das Wiener Paar Adamet-Rupek mit 58 Punkten. In den Eisschnelllaufkonkurrenzen über 1500 und 10 000 Meter liegen die Finnen Bjäl und Birjanen in hervorragenden Zeiten. Im olympischen Eishockeywettbewerb schlug Lettland die deutsche Sportkonkurrenz mit 3:1. Das Gesamtergebnis dürfte die Finnen bei weitem an die erste Stelle bringen. Es folgen vorwiegend die Deutschen und Österreicher in etwa einander gleichen Sportwerten. Lettland und Tschechoslowakei dürften sich verdrängen.

Den Höhepunkt des nicht-sportlichen Teils der auch noch außen für repräsentativen Veranstaltung bildete ein impolanter Festzug. Weit leuchteten die Flammen in die kalte Winternacht. Die zahlreichen Götze und die Einheimischen waren von dem Bild, das allen zum Erlebnis wurde, begeistert. Nur die Nationalsozialisten standen grimmig beiseite. Sie machten ihrem Körper Luft, indem sie später die Scheiben des gemeinsamen Festsaals der Sportler mit Stöcken einschlugen, um dann durch die höher große Kopenhütte auf die Schlafenden zu werfen...

Ein Kesselhaus in die Luft geflogen

Auf der Zeche Baldur in Holsterhausen ereignete sich im Kesselhaus eine schwere Explosion, über deren Ursache noch nichts bekannt ist. In der letzten Nacht wurden die Bewohner des Ortes durch eine heftige Detonation aus dem Schlafe geschreckt. Die Tagesarbeiter hürzten aus ihren Werkstätten auf den Zechenplatz, wo sich ihnen ein Bild völliger Zerstörung bot. Das Kesselhaus war fast vollkommen weggerissen. Die Wucht der Explosion war so stark, daß Maschinenteile und Eisenstücke von mehreren Zentnern Gewicht weit fortgeschleudert wurden und andere Gebäude beschädigten. Die Straße, in der das Kesselhaus stand war mit Steinen und schweren Eisenstücken bedeckt. Die schweren Stücke hatten sich bis zu einem halben Meier in den getretenen Boden gegraben. Es ist geradezu ein Wunder zu nennen, daß diese schwere Explosion kein Menschenleben gefordert hat. Die Heizer kamen ohne Verletzungen davon.

Den Sohn erschossen

Der Rechtskonsulent Burkheiser in Kaiserslautern gab gestern nach einem heftigen Streit mit seiner Frau, bei dem es zu Tätlichkeiten kam, auf keinen aus erster Ehe stammenden Sohn Karl, der seiner Stiefmutter zu Hilfe eilen wollte, aus einem französischen Militärgewehr einen Schuß ab, der den jungen Mann so schwer verletzete, daß er nach wenigen Stunden im Städtischen Krankenhaus starb.

Blutiges Familiendrama

Sechs Tote

In Gielzdorf bei Strausberg (nahe Berlin) erschog der 41 Jahre alte Chauffeurarbeiter Ernst Gallmer seine 19jährige Frau, seine beiden Kinder im Alter von 1 und 2 1/2 Jahren, seine Schwiegermutter und seine Schwägerin. Als der Schwager des Mörders nach Hause kam, wurde auch er durch einen Pistolenschuß zu Boden gestreckt. Trotzdem gelang es dem Mörder, sich zu Raubzügen zu schleppen, um Meldung zu erlangen. Als Polizisten an der Blutspur anlangten, fanden sie nach Gallmer im Todeskampfe vor; er hatte sich zwei Kugeln in den Kopf gesetzt. Die Motive der jähzornigen Tat, die im Verlaufe von einer Biertelstunde ereignete, sind nur ungenau geklärt. Immerhin steht fest, daß das junge Ehepaar Gallmer in großem Unfrieden lebte. Außerdem kam es wegen der Erziehung der Kinder zwischen Gallmer und seiner Schwiegermutter zu heftigen Szenen. Offenbar ging dem Mordtatum ein Wortwechsel zwischen Gallmer und der Schwiegermutter voraus.

Der Dieb des Prinzen

In Lugano wurde ein 23jähriger früherer Angestellter des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen verhaftet. Es wurden dem jungen Mann eine Reihe von Diebstählen in dem dem Prinzen gehörigen Schloß Castagnola bei Lugano nachgewiesen. Zu dem gestohlenen Gut, von dem nur ein Teil wieder aufgefunden wurde, gehörten u. a. ein etwa 100 000 Schweizer Franken wertvolles holländisches Bild Madonna mit dem Jesuskind, ferner eine Kasserolle mit wertvollem Schmelz, Gold- und Platinringen aus dem Besitz des ehemaligen kaiserlichen Hofes.

Todesurteil gegen eine ungarische Sattenmörderin

Der Gerichtshof in Jalaegerszeg verurteilte gestern die Frau des Sattler Landwirts Michael Rabenhöfer wegen Aufregung zur Ermordung ihres Mannes zum Tode durch den Strang und den Landwirt Gabriel Kalmar wegen Aufregung des Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus. Die Frau hatte Kalmar, ihren Geliebten, aufgeteilt, deren taubstummen und etwas schwachmütigen Mann aus dem Hause zu tunnen. Kalmar hatte Rabenhöfer auf einer Jagd erschossen.

Vier Frauen und ein Mord

Das Geheimnis um Leben und Schuld des Pianisten Arthur Rouze

London, im Februar. (Eigener Bericht.) Vom Schwurgericht Northampton (England) wurde der Pianist Rouze wegen Mordes zum Tode verurteilt. Die Frage, ob schuldig oder unschuldig, wird ewig ungeklärt bleiben.

Langsam und schwer sagt der Obmann: „Schuldig!“ Die Stille des Todes legt sich über den Saal. Der Präsident legt eine schwarze Mütze über seine schneeweiße Perrücke, zitternd schreibt er das Wort „Schuldig“ unter die Akten, dann steht er zu dem Angeklagten, der nach englischer Sitte mitten im Saal auf einer hohen ungetriebenen Ballustrade steht und redet ihm an: „Sie sind des Verbrechens schuldig befunden, für das das Gesetz nur ein einziges Urteil kennt, und das ich jetzt über Sie verhängen. Sie werden zu einer Stätte geistlicher Hinrichtung geführt, damit Sie dort am Halbe angehängt werden, bis Sie tot sind.“ „Amen!“ sagt der Geistliche.

„Ich bin unschuldig!“ Oben, auf der Anklagebank, steht Alfred Arthur Rouze, der Verurteilte, bleich und steif. Ein Härter klopf ihm auf die Schulter, um ihn aus der Erregung zu wecken. Langsam kommt Rouze zu sich und sagt tonlos: „Ich bin unschuldig!“ Unten im Saal aber die gellenden Schreie dreier Frauen, die in ihren Stühlen zusammenbrechen.

Eine halbe Stunde später ist London überflutet mit Sonderausgaben der Abendblätter. Die Menschen stauen sich um die Verkäufer und können das Urteil nicht fassen. Über am nächsten Morgen ist die Stimmung vollkommen umgeschlagen, denn die Zeitungen veröffentlichen einen seitenlangen Bericht über das Verbrechen des Verurteilten. Während des Prozesses und so lange das Verfahren schwebt, verbietet das englische Gesetz jeglichen Pressekommentar zu den Verhandlungen und nicht mal eine Besprechung des Angeklagten darf im Gerichtssaal verlesen werden. Als völlig unbeherrschter Mensch steht er auf der Anklagebank und erst vor der Urteilsfindung wird sein Verbrechen den Richtern überreicht.

Der Tod des Fremden

Alfred Arthur Rouze ist 36 Jahre, ein ausgezeichneter Sänger und Pianist, von hohem Rufe und gutem Neuzug. In der Nacht vom 5. zum 6. November 1930 fährt er in seinem Auto von London nach Leicester. Ein Fußgänger wirft mit der Hand, Rouze stoppt, der Mann bittet um Mitfahr, Rouze nimmt ihn auf und setzt ihn neben sich. Sie fahren und fahren, durch die Nacht, durch die Dörfer, verwechseln die Hauptstraße und auf einem Seitenweg, und Rouze hält, um seine Notdurft zu verrichten. Da fällt ihm ein, der Mann kann in der Zwischenzeit Benzin auffüllen. Rouze reicht ihm also die Benzinflasche und geht ins Gebüsch. Plötzlich Feuerweh; der ganze Wagen steht in hellen Flammen. Rouze rennt hin, der Fremde sitzt immer noch im Wagen, vor ihm ist nicht heranzukommen. Rouze will zum nahen Dorf eilen, gibt den Plan jedoch auf, läuft in der Richtung nach London, stößt einige hundert Meter vom brennenden Wagen entfernt auf zwei junge Leute die ihn auf das Feuer aufmerksam machen. Rouze legt gleichgültige Worte und geht weiter, hält später auf der Hauptstraße ein Auto an, das ihn nach London bringt, bleibt dort einen Tag in der Gesellschaft eines Mädchens, fährt dann nach Wales zu seiner Frau. Allen Bekannten erzählt er, sein Wagen sei ihm gestohlen worden, bis die Zeitungen Bilder von dem auf der Landstraße ausgebrannten Auto veröffentlichen, deutlich ist die Wagennummer erkennbar. In dem Wagen liegt, vornübergebeugt, die verlobte Leiche des Fremden. Rouze wird verhaftet und des Mordes angeklagt.

Wohr Tage währt der Prozeß. Die Zeugenvernehmungen, alle Gutachten der Sachverständigen sprechen zugunsten des Angeklagten. Niemand hat die Tat gesehen, niemand kennt den Toten, nicht einmal Rouze, für den selbst die Indizien sprechen. Gewiß, es gibt Verdachtsmomente genug aber nicht mehr! Es steht gut um Rouze! Er und alle Welt sind des Freispruchs gewiß. Er lächelt, als die Geschworenen nach zehn Minuten Beratung zurückkommen und — vernimmt zwei Minuten später, daß er gehängt wird.

Wie aber der plötzliche Stimmungsumschwung in der Öffentlichkeit?

Don Juans Liebesleben

1914 heiratete Don Juan seine erste Frau. Bis diese Frau 1919 entdeckt, daß der abgöttisch geliebte und verehrte Gatte ein Verhältnis mit einem Dienstmädchen Helen Campbell unterhält. Sie verweist zwar nicht, aber sie verzehrt. Auch als Helen ein Kind bekommt, das nach fünf Wochen stirbt. Folgen eines Flirts, sagt Rouze. In Wahrheit hat er lange vorher Helen geheiratet, bürgerlich und kirchlich. Ein Jahr später bekommt Helen ihr zweites Kind, einen Jungen. Abwechselnd lebt Rouze bei seiner ersten und bei seiner zweiten Frau. Dritte Frau: Nellie Tudor, ein Ladenmädchen. Wiederum standesamtliche Eheur. Wiederum zwei Kinder. Wenn nach langer Zeit eine der Gattinnen Bildes und Photos von den anderen findet oder das Paar gar im Kino sieht, handelt sich es nach Rouze immer nur um einen Flirt. Eiserichterszenen; aber Rouze steigt immer wieder. Eine hübsche junge Krankenschwester ist die Vierte. Doch vor der „Ehe“ kommt es zur Katastrophe. Das ist das Vorleben.

Die die Treue halten

Drei Frauen sitzen unten auf den Zeugenbänken, verzehren sich in Angst um den Geliebten, lächeln ihm während den ganzen Verhandlungen ermunternd zu, reichen ihm Stärkungspulver. Als das Urteil gesprochen, brechen die drei Frauen schreiend zusammen, und aus der Ohnmacht erwacht ruen sie: „Alfred ist unschuldig, ich verzeihe ihm alles, ich liebe ihn so unendlich!“

Vom Gefängnis aus sendet Rouze Briefe und Telegramme an die Unglücklichen und selbst Roy Jenkins, die vor Gram und Kummer krank zu Hause liegt, selbst sie weint nicht um ihr eigenes Schicksal, sie schluchzt nur um den Geliebten.

Das Geheimnis bleibt...

Hunderte von Briefen und Telegrammen hatten die Geschworenen erhalten, freiwillige Sachverständige hatten sich gemeldet, alles und alle für den Freispruch von Rouze. Daß er aber vier Frauen zu gleicher Zeit besaß, daß er sie alle und die Behörden dazu jahrelang in der geschicktesten Weise betrogen und hinter das Licht führen konnte, das dreht ihm jetzt den Strick, obwohl selbst die Indizien für ihn zeugten. Wirklich nur das dem Verurteilten unterliegende Motiv: Er wollte nicht mehr, woher das Geld für den Harem aufzubringen war, die Wollen drohten ihm über den Kopf zusammenzuschlagen, er wollte zu einem neuen Leben, und dazu sollte der alte Alfred Arthur Rouze verschwinden und in Flammen aufgehen. Ein Lebender Leichnam wollte er sein, und brauchte dazu einen echten, wirklichen. In seinem Auto mußte der alte Rouze verschwinden, und wie ein Phönix aus der Asche wäre der neue erstanden. Die verlobte Leiche des Handwerksburschen hätte als Alfred Rouze gelten sollen und alles war gut! Das die Ueberzeugung der Geschworenen.

Nie hat ein Kriminalroman einen solchen Fall erdacht, nie ist ein Todesurteil so schwach fundiert worden, nie kann ein Mord geheimnisvoller und weniger geklärt sein. Ist Rouze wirklich ein Mörder? Niemand weiß es.

Ein seltener Wohltäter

Täglich geht der Mitinhaber eines großen Santhauses in Prag nach Beendigung seiner Arbeitszeit zu dem Obdachlosen-Asyl der Stadt und drückt den dort wartenden Obdachlosen je 5 bis 20 Kronen in die Hände. Die Geldspenden betragen in diesem Monat etwa 40 Pfennige bis 2 Mark. Auf diese Weise wendet dieser seltene Mensch, der es sich nicht nehmen läßt, sich persönlich um die richtige Verteilung seiner Spenden zu kümmern, monatlich an 3000 bis 4000 Kronen (370-400 Mark) für seine „Obdachlosen-Fürsorge“ auf.

Ein deutscher „Panama-Skandal“



Der königliche Kaufmann: „Was — so teuer ist die deutsche Flagge? Dann geben Sie mir die von Panama!“

„Nationaler“ Flaggenstandal

Ein zum härtesten Protest herausforderndes Verhalten wird der Hamburger Reederei H. Bogemann, deren Inhaber den Nationalsozialisten und anderen reaktionären Kreisen nahesteht, vorgeworfen. Die Herren der Reederei Bogemann sind „patriotisch“ genug, ihre Schiffe unter fremder Flagge fahren zu lassen, um auf diese Weise Steuern zu sparen und Löhne drücken zu können. Inschuldigungen dieser Art werden auch gegen weitere Reedereien in Hamburg und anderen Hafenstädten erhoben. In dem genannten Fall ist das Besatzungsmaterial bereits so hieb- und stößt, daß sich der „Verband deutscher Schiffingenieure“ mit dem Standal befaßt. Es handelt sich um den 4200 Tonnen großen Dampfer „Sogland“, der im regelmäßigen Frachtdienstverkehr nach den mittelamerikanischen Staaten fährt und erst vor einigen Tagen in Hamburg eingelaufen ist — nachdem er vor einiger Zeit die deutsche Flagge geführt und die Panama-Flagge geführt

hat. Außerdem war der 30 Mann starke Besatzung auf der letzten Rückreise gekündigt worden. Unter der Voraussetzung der Einwilligung einer 25prozentigen Kürzung der Löhne wurde der Mannschaft jedoch anheimgestellt, unter der neuen Flagge weiter Dienst an Bord zu tun. Dabei hatten die Löhne der Seeleute erst kürzlich eine Senkung um 7 Prozent erfahren. Dadurch, daß das Schiff der Reederei Bogemann unter fremder Flagge fährt, entfällt der Zwang der Sozialversicherung der Mannschaft — ganz abgesehen von weiteren steuerlichen Erparnissen zum Schaden des deutschen Reiches. Der „Verband deutscher Schiffingenieure“ schlägt die so erzielten Erparnisse der Reederei bei dem Betrieb der „Sogland“ auf etwa 44 Prozent.

Kein Zweifel, daß ein Stüd Deutschland, wenn man so sagen will, durch ihr Verhalten die Reederei Bogemann aus reinem Profitgier verlohnen hat! Es ist daher nicht erstaunlich, daß in Kreisen der Arbeitnehmer der Seeschifffahrt, helle Empörung ob dieses Verhaltens ausgebrochen ist.

Der Reichswehrminister als Arbeitgeber

Pensionierte Offiziere als Angestellte - Arbeitszeit noch über 48 Stunden

Der Reichswehrminister hat vor einigen Tagen an seine nachgeordneten Dienststellen eine Rundverfügung ergehen lassen, wonach Arbeitnehmer, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, aus dem Dienstverhältnis zu entlassen sind.

Der Reichswehrminister hätte, wenn er sich einmal genauer umsehen wollte, noch verschiedene Möglichkeiten zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit.

Arbeiten beschäftigt werden, die jeder beliebige Angestellte ebenso gut erledigen kann. Zur Beschaffung von Arbeit könnte ferner vom Reichswehrministerium auch dort etwas getan werden, wo man, wie z. B. vor einiger Zeit bei der Reichswehrminister in Hannover, für einige Wochen und Monate Arbeitskräfte braucht.

Lieb Vaterland ade

Die Arbeitgeber haben wieder einmal ihr deutsches Herz erwidert. Nummer 1 heißt ihre Presse fest, daß die Abwanderung der Arbeitskräfte nach dem Ausland bedenklich zunimmt.

Jah in allen europäischen Ländern, besond. das Auswanderungsamt, kann man feststellen, daß eine stärkere Abwanderung von Deutschen in den letzten Jahren.

Mit sentimentalem Verstand, wie es die Arbeitgeberwelt anzuwenden die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland nicht verhindern werden können.

Darüber müssen sich die deutschen Arbeitgeber Gedanken machen, ob sie nicht die Möglichkeit der Arbeitslosigkeit einzuhalten, wenn nicht Deutschland, weil die Wirtschaft im Ausland die Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt schneller als bei uns wiederherstellen, einen empfindlichen Verlust qualifizierter Arbeitskräfte zu vermeiden haben.

So ist's

Der letzte von Reichsminister Brüning in Sachen der Abwanderung der deutschen Arbeiter nach dem Ausland.

So ist's, was man hier von dem höchsten Unternehmensleiter hören wird, gilt leider für das ganze deutsche Unternehmen und ganz besonders für die Arbeitgeber der Schwerindustrie.

Verhandlungen über die Stilllegung der Hütte Ruhrort-Weidertich ganz negativ zu Ende gegangen. Die Vereinigten Stahlwerke haben im Anschluß daran erklärt, daß sie jetzt sofort alle Maßnahmen zur völligen Stilllegung der Hütte treffen werden.

Freigewerkschaftliche Betriebsräte

Seit, praktisch zu 1912, in der Reichsregierung

6. Schulungsabend der „Grupp A“

noch von den Gewerkschaften etwas befürchten können. Alles Schlimme, was nachher kommen wird, ist nicht allein die Preissteigerung, sondern auch die Gefahr der Arbeitslosigkeit.

Ein Teilung planlos die Schichten, die betrieblichen Gewerkschaften werden sich noch langhin, in dem großen Kampf um die Rettung der Betriebe zu kämpfen.

September 1931 hat die Reichsregierung die Beschlüsse der Gewerkschaften über die Lohnsenkung und die Arbeitszeitverkürzung.

Es geht nicht

Bei der Zusammenkunft der Gewerkschaften in Berlin, die am 1. September 1931 stattfand, wurden von dem Reichsminister für Arbeit und Sozialversicherung, Dr. Brüning, die Beschlüsse der Gewerkschaften über die Lohnsenkung und die Arbeitszeitverkürzung.

kommt, den Mund recht weit aufzureißen, sondern daß praktische Arbeit geleistet werden muß.

Diese Einstellung der Meisterlicher Kollegen gibt uns die berechtigte Hoffnung, daß wir den Anstürmen des Unternehmertums, die in diesem Jahre besonders heftig sein werden, einen geschlossenen Widerstand entgegenstellen können.

Wenn so in dieser Bahn weiter geschritten wird, so werden wir nicht nur mit dem Bau unternehmerisch, sondern auch mit allem übrigen Geschmeiß, das sich in den verschiedensten Organisationen glaubt zusammenfinden zu müssen, um die Arbeiter niedrig zu halten, fertig werden.

Konferenz der Geschäftsführer der SPD-Presse

Eine Konferenz der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Zeitungsbetriebe nahm am dem jüngsten Schiedspruch für das Buchdruckgewerbe folgende Entschlüsse an:

Kreis haben in Gewerkschaften nichts zu suchen

Die Nationalsozialisten haben von ihrer Parteileitung die Anweisung, ihre parteipolitische Tätigkeit in den Gewerkschaften unter Berufung auf deren politische Neutralität durchzuführen.

Mit der neuen Anweisung an ihre Betriebsvertrauensmänner, Entlassungen von Betriebsmitgliedern der Gewerkschaften zu verhindern, hat die NSDAP, das Recht, auf die politische Neutralität der deutschen Gewerkschaften zu berufen, verwirft.

7 1/2 Stunden im englischen Bergbau

Im Süd-Wales Bergbaugebiet ist zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern beschlossen worden, daß die 7 1/2-Stunden-Schicht unter Tage festgesetzt wird.

Die Weberausperrung in England

Die Weber-Ausperrung von Lancashire dauert bereits die vierte Woche an. 220.000 Weber liegen auf der Straße. Einschließlich der durch die Schließung der Weberbetriebe automatisch stillgelegten Spinnereibetriebe sind jetzt rund 400.000 Arbeiter arbeitslos.

Die Verkehrsfrage im Reichsbahndirektionsbezirk Breslau im Januar 1931

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Der Verkehr ist im Januar zwar alljährlich sehr schwach, er war aber in diesem Jahre noch um etwa 20 bis 30 vom Hundert schwächer als im Vorjahre.

Table with 2 columns: Gattung, Getreide. Rows include Getreide, Getreide, Getreide, Getreide, Getreide.

Der Umschlagvertrieb

Da, nachdem seit Mitte Januar die Schifffahrt auf der oberen Oder ruht, gegenüber dem Vormonat bedeutend zurückgegangen. Es wurden umgeladen: